



2018

Landeskongress

9./10. Juni in Bad Oldesloe

Sachgebiete

AP	Arbeitsprogramm	3
AS	Außenpolitik	12
B	Bildung	16
G	Gesundheit und Verbraucherschutz	22
I	Infrastruktur und Verkehr	27
OR	Organisation	36
R	Recht	43
S	Soziales	49
U	Umwelt	63

Arbeitsprogramm

AP

S. 4

Aufschlag für ein Arbeitsprogramm der Jusos Schleswig-Holstein 2018/2019

*(Lea Benecke, Simon Bull (KV Kiel), Marcello Hagedorn, Sophia Schiebe (KV Kiel),
Lukas Zeidler)*

AP: Aufschlag für ein Arbeitsprogramm der Jusos Schleswig-Holstein 2018/19

Antragssteller*innen: Lea Benecke, Simon Bull (KV Kiel), Marcello Hagedorn, Sophia Schiebe (KV Kiel), Lukas Zeidler

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 1. Selbstverständnis

Wir Jusos Schleswig-Holstein verstehen uns als eigenständiger sozialistischer, feministischer und internationalistischer Richtungsverband. Gleichzeitig sind wir der Jugendverband der SPD in Schleswig-Holstein und leiten daraus eine besondere Verantwortung für die inhaltliche und organisatorische Weiterentwicklung unserer Partei ab. Um dies leisten zu können, müssen wir als inhaltsstarke und einflussreiche Gruppe in der Partei wahrgenommen werden. In den letzten Jahren haben wir dabei immer wieder konstruktive und fundierte Kritik an Entscheidungen und Entwicklungen der Partei vorgebracht, die oft zu konkreten Verbesserungen geführt hat.

Starke Jusos sind wichtig für eine erfolgreiche SPD. Eine fortschrittliche Partei wie die SPD kann nur dann gesellschaftliche Mehrheiten für ihre Positionen erringen, wenn ihre Politik ganz wesentlich von den Forderungen der jungen Generationen geprägt ist.

In der Politik wollen wir uns nicht nur für die Berücksichtigung unserer Interessen in der Partei einsetzen, sondern auch konkret vor Ort in den Gemeinden und Kommunen unseren Altersgenossinnen und -genossen zur Seite stehen. Mit der vergangenen Kommunalwahl haben wir bereits geschafft, viele junge Menschen in Verantwortung zu bringen. An diesen Erfolg wollen wir anknüpfen und auch zukünftig gemeinsam dafür kämpfen, dass mehr Jusos in Vorständen und Ämtern repräsentiert werden.

Seit Beginn des vergangenen Jahres sind viele junge Menschen der SPD und den Jusos beigetreten. Die SPD hat eine echte Chance attraktiv für junge Menschen zu sein, wenn es ihr gelingt die Bedeutsamkeit eigener Grundwerte für die Lösung aktueller Probleme herauszustellen und sie den Erneuerungsprozess ernst nimmt.

Insgesamt arbeiten wir weiterhin daran, den politischen Bedürfnissen junger Frauen und Auszubildenden in den Fokus der Partei rücken, da er nach wie vor zu wenig Gehör findet. Es bleibt unser Ziel, konkrete Lösungen für das Nachwuchsproblem der SPD zu finden. Die Arbeit des Juso-Bundesverbandes begleiten wir weiterhin kritisch-solidarisch. Um als strömungsfreier Verband präsent zu sein und unsere Forderungen nach vorne zu bringen, wollen wir den engeren, sachorientierten Austausch mit anderen Landesverbänden vertiefen.

28

29 2. Veranstaltungen

Veranstaltungen sind zentraler Teil unserer politischen Arbeit. Dennoch haben wir in den vergangenen Jahren registriert, dass die Angebote unterschiedlich wahrgenommen wurden. Daher wollen wir im

32 kommenden Jahr die Kreisverbände mehr in unsere Veranstaltungsplanung miteinbeziehen und auf
33 kleinere Veranstaltungsformate wie AGs verzichten. Die erfolgreichen gemeinsamen
34 Veranstaltungsformate mit der SPD-Fraktion werden wir fortsetzen.

35

36 Rote Wochenenden

37 Wir bieten weiterhin zwei **Rote Wochenenden** (RoWo's) an, die im Herbst 2018 und im Frühjahr
38 2019 über das Land verteilt stattfinden werden. Die Termine von RoWo und Landesausschuss (LA)
39 sollen nach Möglichkeit weiterhin kombiniert werden, wo dies geographisch sinnvoll ist. Wir greifen
40 die Ergebnisse der Verbandsbefragung in Bezug auf inhaltliche Wünsche auf. Weiterhin wollen wir
41 eine breite Palette inhaltlicher Angebote bieten. Kreisverbände und externe Referent*innen sollen bei
42 jedem RoWo eingebunden werden.

43 Landeskonzferenz und außerordentliche Landeskonzferenz

44 Die **Landeskonzferenz 2019** werden wir in einem transparenten Verfahren so früh wie möglich
45 ausschreiben. Sie wird in bewährter Form stattfinden.

46 Die **außerordentliche Landeskonzferenz** hat sich in den vergangenen Jahren als eine gute Plattform
47 erwiesen, um sich im Verband noch stärker auszutauschen und auf aktuelle Entwicklungen
48 einzugehen. Aus diesem Grund werden wir auch in diesem Jahr eine außerordentliche
49 Landeskonzferenz zu einem spezifischen Thema durchführen.

50 Kongresse zur Erneuerung der Jusos und der SPD

51 Die Ergebnisse der vergangenen Wahlen machen uns deutlich, dass sich die SPD erneuern muss. Wir
52 Jusos Schleswig-Holstein wollen als Vorbild vorangehen und unsere eigene Struktur und Beschlüsse
53 kritisch betrachten. Um dies zu erreichen, wollen wir **zwei landesweite Kongresse** durchführen. Der
54 erste Kongress soll sich der eigenen Verbandsarbeit widmen und der zweite der inhaltlichen
55 Ausrichtung. Die dadurch erworbenen Erkenntnisse wollen wir in unsere eigene Arbeit integrieren und
56 in den Erneuerungsprozess der SPD mit einfließen lassen.

57 Neumitgliederseminare

58 Seit Beginn des vergangenen Jahres konnten wir viele Neumitglieder bei den Jusos und der SPD
59 begrüßen. Aufgrund der vielen Wahlkämpfe hatten die Neumitglieder jedoch kaum die Möglichkeit in
60 der Partei und bei uns im Verband anzukommen. Daher wollen wir im kommenden Jahr wieder ein
61 **Neumitgliederseminar für Jusos** durchführen. Darüber hinaus möchten wir in Schleswig-Holstein
62 verteilt **Juso-Basisseminare** durchführen, die sich sowohl mit uns als Verband beschäftigen als auch
63 Tipps für die Arbeit vor Ort bieten.

64

65 4. Schwerpunkte des kommenden Juso-Jahres

66 Struktur der inhaltlichen Juso-Arbeit

67 Im kommenden Jahr wollen wir uns drei Themenschwerpunkte setzen: #SPDERneuern, 100 Jahre
68 Frauenwahlrecht und die Europawahl 2019.

69

70 **#SPDerneuern**

71 Wir werden den Erneuerungsprozess der SPD kritisch begleiten. Daher wollen wir die Jusos, die in
72 den Kommissionen arbeiten, vernetzen und begleiten. Eine gemeinsame Facebookgruppe wurde
73 bereits eingerichtet und ein erstes Vernetzungstreffen fand statt. An diese Arbeit wollen wir weiter
74 anknüpfen.

75 Uns ist es wichtig, dass alle Jusos Teil des Erneuerungsprozesses sein können. Daher werden wir
76 regelmäßig über die Arbeit in den Kommissionen berichten und Möglichkeiten schaffen, dass sich alle
77 Jusos mit ihren Ideen einbringen können. Die Kongresse, Hangouts und Landesausschusssitzungen
78 sollen dafür genutzt werden.

79

80 **Europa-Wahl**

81 Die SPD ist die Europa-Partei und ist angesichts des Rechtsruckes in der EU dringend gefordert.
82 Daher wollen wir unseren Teil dazu beitragen, dass die europäische Sozialdemokratie stärkste Kraft
83 im Europäischen Parlament nach der nächsten Europawahl 2019 wird. Unser Ziel ist es, mit einer
84 sozialdemokratischen Vision Europas unserer Zielgruppe zu zeigen, wie sie von der EU betroffen sind
85 und warum die EU nicht als Selbstverständlichkeit wahrgenommen werden sollte. Es lohnt sich, für
86 ein geeintes Europa einzutreten!

87 Aus diesem Grund wollen wir den Wahlkampf rechtzeitig vorbereiten und planen. Insbesondere die
88 Vorbereitung eines intensiven **Jugendwahlkampfes** ist wieder unsere deutliche Vorgabe. Die
89 Kampagne der Bundesjusos wird eine gute Grundlage für unseren Europawahlkampf bieten. Diese
90 wollen wir in unser Konzept einfließen lassen und ggf. mit eigenen Ideen ergänzen. Aus diesem Grund
91 wird die **Wahlkampfgruppe** weitergeführt und wieder für neue Mitglieder geöffnet. Ein erstes
92 Treffen soll Ende dieses Jahres stattfinden, damit die ersten Planungen weit im Voraus stattfinden
93 können.

94 Junge Menschen bewegen sich heute vor allem in den digitalen Medien. Daher werden wir auch für
95 den Europawahlkampf eine eigenständige **Socialmedia-Strategie** erarbeiten, die verschiedene
96 Formate abdecken soll.

97 Mit dem Landesausschuss und durch regelmäßige Telefonkonferenzen wollen wir den Austausch der
98 Kreisverbände stärken und über Planungen der Wahlkampfgruppe berichten.

99 Wir wollen Interessierte aller Kreisverbände einladen sich zu beteiligen und so Erfahren aus den
100 vergangenen Wahlkämpfen austauschen zu können. Auch gilt es, die Kreisverbände dahingehend zu
101 unterstützen, dass sie vor Ort den bestmöglichen Europawahlkampf durchführen können. Dafür sollen
102 auch Hangouts oder ähnliche (digitale) Formate genutzt werden. Der Wahlkampf soll von mindestens
103 einem LaVo-Mitglied zentral koordiniert werden. Darüber hinaus können Interessierte auch
104 projektorientiert an einzelnen Projekten arbeiten.

105 An dieser Stelle wird auch auf den zu planenden **Europakongress des VPJ** hingewiesen.

106 Gleichzeitig ist es unser Ziel, den Europawahlkampf auch zur politischen Bildungsarbeit zu nutzen,
107 um Europa erklären und verstehen zu können. Anknüpfungspunkte bieten hier z.B. die Buchseminare
108 des Landesvorstandes für die Kreisverbände oder die Social-Media Arbeit.

109

110

111 **Frauenvernetzung und 100 Jahre Frauenwahlrecht:**

112 Gleichstellung ist nach wie vor eine Baustelle in unserem Verband. Nicht nur, weil wir noch weit
113 davon entfernt sind, unsere Gesellschaft als „gleichgestellt“ zu bezeichnen, sondern auch weil unser
114 Verband trotz feministischer Orientierung nach wie vor männlich geprägt ist, was sich auch in der
115 Mitgliederstruktur zeigt. Wir wollen, dass sich mehr Frauen bei den Jusos engagieren und werden
116 daher im kommenden Jahr unsere **Frauenkampagne** in den Verband tragen und Aktionen
117 bereitstellen mit denen wir mehr Frauen ansprechen können.

118 Das bestehende **Frauennetzwerk** führen wir fort und knüpfen so an die gute Arbeit der letzten Jahre
119 an. Die Vernetzung wird durch eine Koordinatorin aus dem Landesvorstand maßgeblich
120 vorangetrieben. Wo Kreisverbände es wünschen, kann eine intensive Betreuung weiblicher Mitglieder
121 erfolgen, um den Einstieg in die politische Arbeit durch ein Mentorinnen-Angebot zu erleichtern.

122 Das erfolgreiche Format des **Frauenseminars** wird fortgeführt. Im kommenden Jahr soll es sich
123 schwerpunktmäßig mit praktischen Tipps für die Arbeit vor Ort auseinandersetzen. Dazu zählt
124 beispielsweise ein Frauen-Empowermenttraining, in dem es darum geht, die Stärken der Frauen im
125 Verband hervorzuheben.

126 Vor genau 100 Jahren war es der Erfolg der SPD, dass das **Frauenwahlrecht** eingeführt worden ist.
127 Gemeinsam mit der AsF, dem SPD-Landesverband und der Fraktion wollen wir mit Veranstaltungen
128 und kreativen Aktionen auf die Errungenschaft aufmerksam machen und uns dafür stark machen, dass
129 die Gleichberechtigung trotz Jamaika-Regierung fortgesetzt wird.

130

131 **Azubi- und Beschäftigtengruppe**

132 Die erfolgreich angelaufene **“Juso Auszubildenden- und Beschäftigtengruppe Schleswig-Holstein”**
133 soll wieder aktiviert werden. Die Juso-Azubigruppe soll den Dialog mit den (Jugend-) Gewerkschaften
134 und den Wohlfahrtsverbänden weiterführen und intensivieren. Auch auf die parteiintern schon
135 vorhandene Fachkompetenz soll nicht verzichtet werden; die Einbindung der SPD Fach-
136 Arbeitsgemeinschaften, wie die AfA, ist daher nicht nur konsequent, sondern nötig. Wann immer
137 innerhalb des Juso-Landesverbandes Themen rund um die Gebiete Arbeit und Ausbildung
138 angesprochen, diskutiert und Positionen erarbeitet werden sollen, soll die Azubi- und
139 Beschäftigtengruppe zu Rate gezogen werden.

140

141 **Landesweiter Aktionstag**

142 Es gilt immer wieder neue Ideen auszuprobieren: Wir wollen versuchen an langfristig vorbereiteten
143 “landesweiten Aktionstagen” gleichzeitig in möglichst vielen Kreisverbänden auf ein vorher
144 vereinbartes Thema landesweit aufmerksam zu machen. Denkbar ist zum Beispiel, im ganzen Land am
145 selben Tag vor Berufsschulen zu stehen und auf frei wählbare Arten auf das Azubi-Ticket aufmerksam
146 zu machen. Ziel ist es, auf diese Art ein größeres mediales Echo zu erzeugen, als es bspw. mit einer
147 Einzelveranstaltung zu einem gewissen Thema möglich ist.

148

149 **Kommunalakademie**

150 Bei der vergangenen Kommunalwahl waren von den 388 SPD-Kandierenden bei den Kreiswahlen in
151 Schleswig-Holstein 80 im Juso-Alter. Das sind mehr als 20% und zeigt, dass wir Jusos bereit sind, in

152 unseren Regionen Verantwortung zu übernehmen. Dieses Potenzial wollen wir nutzen und unsere
153 Kommunalakademie fortsetzen.

154 Neben der bestehenden Facebookgruppe, die zum Austausch der aktiven Jusos auf Kommunalebene
155 dienen soll, wollen wir auch wieder kleine Seminare anbieten. Zum einen um die aktiven Jusos auf die
156 Arbeit in den kommunalen Parlamenten vorzubereiten bzw. zu unterstützen und mit dem nötigen
157 Hintergrundarbeit für die Arbeit in den Ausschüssen auszustatten sowie um Hürden abzubauen, sich
158 aktiv dort zu beteiligen. Zum anderen, um die aktiven kommunalen Jusos zu vernetzen und eine
159 Plattform für den Austausch zu bieten und gemeinsame Aktionen und Themen anzustoßen.
160

161 **Anti-Diskriminierungsarbeit**

162 Wir Jusos haben die Aufgabe gegen jegliche Form von Diskriminierung einzutreten und diese zu
163 verhindern. Integration und Inklusion von Geflüchteten und Menschen mit Behinderung sind bei
164 unserer Arbeit genauso wichtig wie das Überwinden von zugeschriebenen
165 Geschlechterrollen. Mädchen müssen nicht automatisch rosa tragen und Jungs nicht automatisch blau.
166 Jeder Mensch soll sich so kleiden, fühlen - kurz: leben - können, wie die Person es gerne möchte. Frei
167 von jeglicher Diskriminierung. Dazu gehört selbstverständlich auch die Bekämpfung von jeglicher
168 Benachteiligung von lesbischen, schwulen, queer, bi-, trans-, inter- oder asexuellen Menschen.

169 Um das Ziel zu erreichen, wird die Anti-Diskriminierungsarbeit nicht nur ein Querschnittsthema
170 unserer täglichen Arbeit sein, sondern wir wollen auch explizite Angebote zur Sensibilisierung für die
171 Kreise anbieten.

172

173 **Antifaschistische Arbeit**

174 Wir werden rechten Hetzer*innen weder die Straße noch die Parlamente überlassen, sondern ihnen
175 entschlossen mit unseren Bündnispartner*innen entgegenstehen. Insbesondere bei kurzfristig
176 organisierten Demonstrationen sehen wir uns in der Verantwortung, die Koordination zwischen den
177 Kreisverbänden zu unterstützen und wenn gewünscht Argumentationshilfen oder Seminare gegen
178 rechte Stammtischparolen anzubieten.

179

180 **Praxiswoche**

181 Nach vier erfolgreichen Durchläufen werden wir in den Herbstferien 2018 erneut eine landesweite
182 **Praxiswochen** organisieren. Ziel ist es, durch Praxistage und Betriebsbesichtigungen einen Eindruck
183 von Beschäftigung und Engagement in Schleswig-Holstein zu erhalten und Impulse für die Juso-
184 Arbeit aufzugreifen. Wir werden den Kreisverbänden einen Leitfaden und Musteranfragen anbieten,
185 um die Planung von Terminen vor Ort zu erleichtern.

186 **Oppositionsarbeit**

187 Die vergangenen Umfragen zur Stimmungslage im Land zeigen, dass wir noch einiges tun müssen, um
188 bei der kommenden Landtagswahl wieder stärkste Kraft zu werden.

189 Gemeinsam mit den Juso-Kreisverbänden und mit Unterstützung der SPD-Fraktion, wollen wir unsere
190 **Oppositionsarbeit** weiter fortsetzen und aufzeigen, dass viele der Versprechungen, die von der
191 Jamaika-Regierung angekündigt wurden, nicht eingehalten werden und gleichzeitig unsere Visionen
192 für den echten Norden aufzuzeigen.

193 Darüber hinaus möchten wir mit der Fraktion in einer gemeinsamen Veranstaltung die derzeitige
194 Arbeit der Regierung und unsere Rolle als Opposition reflektieren.

195

196 **Austausch mit anderen Partnerorganisationen**

197 Wir wollen den inhaltlichen Austausch aber auch darüber hinaus stärker in unser Verbandsleben
198 integrieren und Vertreter*innen unserer Partnerorganisationen öfter zu Wort kommen lassen, z.B. in
199 dem wir RoWo-Workshops verstärkt mit Referent*innen der Gewerkschaften planen. Neben den
200 traditionellen Grußworten bspw. zur Eröffnung einer Juso-Landeskonferenz müssen auch die
201 Grußworte der (Jugend-) Gewerkschaften zum Standard werden.

202

203 **Verband Politischer Jugend**

204 Nach den Erfahrungen der letzten Wahlkämpfe ist deutlich geworden, dass die Präsenz von Parteien
205 an Schulen teils unerwünscht ist. Das erschwert den Grundsatz unseres politischen Engagements für
206 die Demokratie und eine höhere Wahlbeteiligung zu erreichen. Denn Jugendliche sind am ehesten in
207 den (Berufs-) Schulen anzutreffen.

208 Der **VPJ** muss sich weiterhin dafür einsetzen, dass Politik als Bestandteil des Lebens und Herz unserer
209 freiheitlich-demokratischen Grundordnung wahrgenommen wird. Schulen müssen, gerade in
210 Wahlkampfzeiten, die Politiker*innen der verschiedenen Parteien zu Kennlern- und
211 Diskussionsveranstaltungen einladen.

212 Die anstehende Europawahl wollen wir nutzen, um den Austausch mit den anderen Jugendverbänden
213 weiter zu intensivieren. Neben einem gemeinsamen Europa-Kongress sollen auch wieder gemeinsame
214 Schuldiskussionen organisiert werden. Dabei wollen wir auf die Erfahrungen während der Landtags-
215 und Bundestagswahl aufbauen.

216

217 **Weitere Inhaltliche Schwerpunkte**

218 Die Jusos Schleswig-Holstein sind ein programmatischer Verband. Nach der Bundestags- und
219 Kommunalwahl wollen wir uns nun wieder der innerverbandlichen Diskussion widmen.

220 Durch Veranstaltungen, Artikel oder Argumentationskarten wollen wir folgende Inhalte
221 schwerpunktmäßig im kommenden Jahr bearbeiten:

- 222 • Sozialdemokratische & europäische Wirtschaftspolitik
- 223 • Progressive Verkehrs-, Klima- und Umweltpolitik
- 224 • Stärkung der Gesundheitsberufe
- 225 • Arbeit und Bildung 4.0
- 226 • Stärkung der parlamentarischen EU sowie Entwicklung einer sozialdemokratischen Vision der
227 EU
- 228 • Lebenswerte Städte, attraktive Regionen und bezahlbares Wohnen
- 229 • Unterstützung und Weiterentwicklung der Integration

- 230 • Handlungsfähiger und starker Staat
231 • Gerechte Steuerpolitik

232

233 5. Service

234 Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass verschiedene Kreisverbände sehr unterschiedliche
235 Ansprüche an die **Kreisbetreuung** durch den Landesvorstand haben. Die gewünschte Intensität der
236 Betreuung werden wir auch in diesem Jahr wieder im Vorfeld abfragen, um den dann zu erwartenden
237 Arbeitsaufwand gleichmäßig auf die Landesvorstandsmitglieder zu verteilen. Dabei werden wir
238 Wünsche der Kreisverbände nach Möglichkeit berücksichtigen. Das vergangene politische Jahr hat
239 wieder gezeigt wie wichtig der regelmäßige Austausch zwischen dem Landesvorstand und den
240 Kreisverbänden und den Kreisverbänden untereinander ist. Aus diesem Grund wollen wir neben den
241 Landesausschusssitzungen und Telefonkonferenzen auch kleine Protokolle von wichtigen Terminen
242 dafür nutzen diesen Austausch zu ermöglichen. Dabei ist es uns wichtig, nicht nur vergangene Arbeit
243 oder Ereignisse zu reflektieren, sondern den Austausch dafür zu nutzen, gemeinsame Strategien zu
244 entwickeln.

245 Die **Buchseminare** werden gut angenommen und haben sich als ein sinnvolles und gern genutztes
246 Veranstaltungsangebot erwiesen. Die Seminare sollen vor allem einen niedrighschwelligem Einstieg in
247 die inhaltliche Arbeit vor Ort bieten und auf diese Weise die Arbeit der Kreisverbände unterstützen.

248 Unsere **Beschlussdatenbank** wird weiter gepflegt werden, um eine gute Übersicht unserer
249 Beschlusslage zu bieten.

250 Jedes Jahr beschließen wir auf unseren Landeskongressen und Landesausschüssen viele gute Anträge.
251 Wir werden diese Position nach außen tragen und an möglichst vielen Stellen diskutieren. Darüber
252 wollen wir euch in Zukunft stärker informieren – gerade im Kontakt mit den jeweiligen
253 Antragssteller*innen.

254 Das wieder aufgelegte Verbandsmagazin **“Rote Küste”** wollen wir fortführen. Dafür wird erneut eine
255 zweiköpfige Chefredaktion ausgeschrieben, die durch den Landesvorstand gewählt wird. Die
256 gleichberechtigte Redaktion soll aus einer*m technischen und einer*m inhaltlichen Leiter*in bestehen.
257 Schwerpunkt der nächsten “Roten Küste” soll die Vorstellung der Jusos und deren Verbandsarbeit
258 sein.

259 Neben unserer inhaltlichen und organisatorischen Arbeit ist es essentiell, dass wir medial präsent sind
260 und jungsozialistische Positionen in die Öffentlichkeit tragen. Wichtigster Kanal dafür ist unsere
261 **Social-Media-Arbeit**, die wir kontinuierlich weiterentwickeln und mit allen Angeboten eng
262 verknüpfen wollen. Eine eigene Social-Media-Gruppe wird dafür im Landesvorstand eingerichtet.

263 Wir wollen im kommenden Jahr die Arbeit der Jusos an den digitalen Alltag anpassen. Dazu gehört
264 neben der Verstärkung der Nutzung von Live-Streams, Hangouts und die Verwendung von Etherpads.

265

266 6. Landesvorstandsarbeit

267 Der Landesvorstand wird weiterhin interessante Vereine, Verbände und Unternehmen im Rahmen von
268 **vor-Ort-Terminen** besuchen. Wir greifen dabei Vorschläge aus den Kreisverbänden auf und binden
269 diese in die Besuchstermine mit ein.

270 Die **Verbandsbefragung** der Jusos SH wird auch in diesem Jahr fortgeführt. Auf diese Weise können
271 wir Kontinuitäten, Brüche und Tendenzen aufzuzeigen und für unsere weitere Arbeit Schlüsse ziehen.

272 Das Prinzip für spezifische Themen und Aufgaben **Kooptierungen und Beauftragungen**
273 vorzunehmen hat sich bewährt. Nach Notwendigkeit und Arbeitsaufkommen werden für Themen und
274 Funktionen Mitglieder kooptiert und beauftragt werden.

275 Unsere **Juso-Schüler*innengruppe** ist über die klassische Zielgruppe hinaus wichtig, um
276 Schulpolitik durch unsere Praktiker*innen direkt zu begleiten. Wir werden die Arbeit der Gruppe
277 daher weiter unterstützen und eng an den Landesvorstand anbinden.

278 Die **Juso-Hochschulgruppen** in Kiel und Flensburg leisten eine wichtige Arbeit. Sie vertreten nicht
279 nur hochschulspezifische Themen in den Gremien ihrer Hochschulen, sondern sind darüber hinaus
280 oftmals erste Anlaufstationen für Interessierte. Daher werden wir die Landeskoordination weiterhin
281 eng an die Arbeit des Landesvorstandes anbinden und gemeinsam mit ihnen im kommenden Jahr
282 schwerpunktmäßig die Einführung eines Semestertickets begleiten.

283 Nachdem es in der abgelaufenen Amtsperiode nur ein unzureichendes Ergebnis der Abfrage bei den
284 Kreisverbänden zum Thema Orts-AGs gegeben hat, wird der Landesvorstand nochmals verstärkt den
285 Status Quo einfangen und den Arbeitsgemeinschaften gegebenenfalls vernetzend zur Seite stehen. Auf
286 diesem Weg könnten Erfahrungen und Probleme ausgetauscht werden, so dass die **Orts-AGs** besser
287 und sicherer ihre Arbeit durchführen können.

288 Wie in den vergangenen Jahren soll der hauptamtliche Landesgeschäftsführer durch eine*n
289 **Politische*r Geschäftsführer*in** unterstützt werden, die der Landesvorstand aus seiner Mitte
290 bestimmt. Diese Entlastung ist vor allem bei den Wahlkämpfen hilfreich. Klar ist dabei eine eindeutige
291 Aufgabenteilung zwischen Haupt- und Ehrenamt. Während finanzielle Belange ausschließlich durch
292 den hauptamtlichen Geschäftsführer übernommen werden, ist der politische Geschäftsführer
293 insbesondere für die organisatorische und logistische Planung von Veranstaltungen zuständig.

294

Außen- und Sicherheitspolitik

AS1		S. 13
	Vereinigung der europäischen Streitkräfte <i>Kreisverband Lübeck</i>	
AS2		S. 14
	Solidarität mit den Kurdinnen und Kurden in Afrin <i>Kreisverband Dithmarschen</i>	

AS1: Vereinigung der europäischen Streitkräfte

Antragsteller: Kreisverband Lübeck

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 Die Landeskonzferenz möge beschließen:

2 Die Jusos Schleswig-Holstein fordern die SPD-Bundestagsfraktion sowie die S&D Fraktion im
3 Europaparlament dazu auf, sich im Rahmen der voranschreitenden europäischen Integration dafür
4 einzusetzen, die Streitkräfte der EU-Mitgliedsstaaten zu einem gesamteuropäischen Militär
5 zusammenzufassen. Das bereits bestehende Verteidigungsbündnis „Pesco“ ist sowohl bezüglich der
6 Anzahl der teilnehmenden Staaten als auch in der Qualität der Zusammenarbeit weiterzuentwickeln.
7 Das Ziel dieser Entwicklung muss es sein, die militärische Verteidigung der Union künftig einer
8 einzelnen Streitkraft zu überlassen, die direkt von der Europäischen Union organisiert wird und deren
9 taktische Kommandogewalt ausschließlich einer gesamteuropäischen Generalität unterliegt.

10

11 **Begründung:**

12 Die Europäische Union ist weltweit ein herausragendes und einzigartiges Beispiel für eine
13 Wertegemeinschaft vieler einzelner Länder, Völker und Individuen. Die Werte, für die das heutige
14 Europa einsteht, sind mehr denn je ein leuchtendes Beispiel für humanitären und soziologischen
15 Fortschritt und so selbstverständlich uns die Achtung dieser Werte vorkommen mag, so sehr steht
16 Europa mit seinem Eintreten für Menschenrechte, Völkerverständigung sowie Toleranz weltweit
17 betrachtet immer noch recht alleine da.

18 Dass diese Werte nicht nur erhalten sondern gestärkt und entwickelt werden, ist keine
19 Selbstverständlichkeit. Die Verteidigung dieser Werte und der sie lebenden Bevölkerung ist auch
20 heute noch eine immens wichtige Aufgabe, wobei der militärische Schutz ebendieser das absolute
21 Mindestmaß der notwendigen Verteidigung darstellt und deshalb nicht unnötig verkompliziert sein
22 sollte. Ein gesamteuropäisches Heer ist 28 Einzelstreitkräften hinsichtlich der Bewältigung dieser
23 Aufgaben eindeutig überlegen. Zum einen wird die Effizienz durch das Zurückgreifen auf gemeinsame
24 Waffensysteme gesteigert. Des Weiteren sind Abstimmungs- und Kommunikationsprobleme sowohl
25 im innereuropäischen Aufgabenbereich als auch in der Zusammenarbeit mit anderen NATO-Partnern
26 leichter zu vermeiden.

27 Die Vereinigung der europäischen Staaten ist längst keine Utopie mehr. Auf dem Weg zu dieser, gilt
28 es trotzdem nach wie vor Hürden und Barrieren abzubauen. Die Verteidigung der Union dabei
29 vollständig gemeinschaftlich zu organisieren ist dabei ein wichtiger Schritt unter vielen in die richtige
30 Richtung.

AS2: Solidarität mit den Kurdinnen und Kurden in Afrin

Antragsteller: Kreisverband Dithmarschen

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

- 1 Die Landeskonzferenz der Jusos Schleswig-Holstein möge beschließen:
- 2 Die derzeitige Intervention der Türkei in Nordsyrien lehnen wir ab. Wir stehen solidarisch an der Seite
- 3 der Kurdinnen und Kurden die maßgeblich zur Niederlage des Islamischen Staates beigetragen haben.
- 4 Doch unsere Solidarität muss praktisch werden! Deswegen fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion
- 5 auf sich für folgende Maßnahmen einzusetzen
- 6 1. Die Bundesrepublik wird keinerlei Waffen mehr an die Türkei exportieren so lange die kurdische
- 7 Minderheit sowie die demokratische Opposition gegen Erdogan in der Türkei politisch verfolgt und
- 8 kriminalisiert wird.
- 9 2. Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich für mehr kurdische Autonomie in der Türkei, Syrien sowie
- 10 dem Irak und Iran sowie langfristig einen kurdischen Staat einsetzen.
- 11 3. Die Entkriminalisierung von PKK, YPG sowie YPJ bzw. die Streichung der PKK von der Liste der
- 12 terroristischen Organisationen. Die deutschen Abgeordneten der Fraktion der Sozialisten und
- 13 Demokraten im Europäischen Parlament werden ebenfalls dazu aufgefordert die PKK von der EU-
- 14 Terrorliste zu streichen. Das Verbot Symbole der genannten Organisationen öffentlich zu zeigen muss
- 15 ebenfalls fallen.
- 16 4. Der kompromisslose Einsatz für inhaftierte deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in
- 17 türkischen Gefängnissen.
- 18 5. Den Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.
- 19 **Begründung:**
- 20 Die Bundesrepublik agiert im Bezug auf die Kurdinnen und Kurden extrem widersprüchlich.
- 21 Einerseits wurden Waffen an die Kurden im Irak geliefert um den sogenannten Islamischen Staat zu
- 22 bekämpfen. Jetzt nachdem der IS faktisch besiegt ist und die Türkei aus Angst vor einer zu starken
- 23 kurdischen Bewegung gegen Kurdinnen und Kurden in Nordsyrien mit deutschen Panzern vorgeht
- 24 steht die Anbiederung an die Türkei im Vordergrund.
- 25 Für uns Jusos als internationalistischen Richtungsverband ist klar wir stehen solidarisch an der Seite
- 26 der Kurdinnen und Kurden!
- 27 Die meisten europäischen Staaten stufen die PKK nicht als Terrororganisation ein. Deutschland
- 28 verhält sich auf Grund türkischen Drucks allerdings als Scharfmacher in diesem Konflikt und stuft die
- 29 PKK als terroristische Vereinigung ein. Dies verhindert eine politische Lösung des Konfliktes und
- 30 kriminalisiert nur eine Seite in diesem Konflikt.

31 Denn in Deutschland ist die PKK seit 1993 verboten obwohl diese Organisation in Deutschland
32 gewaltfrei agiert. Für uns ist die PKK eine völkerrechtlich legitime Partei in einem innerstaatlichen
33 Konflikt

34 Wir Jusos lehnen Terror in Deutschland und sowie anderswo ab. Terror kann genau so wenig wie die
35 gestiegene Repression gegen die Kurdinnen und Kurden in den Staaten mit großen kurdischen
36 Minderheiten eine Option sein.

37 Eine politische Lösung der kurdischen Frage wird durch die Kriminalisierung einer Seite allerdings
38 auch nicht näher rücken. Eine friedliche Lösung kann es unserer Meinung nur mit höherer Autonomie
39 der kurdischen Minderheiten geben die sich langfristig auch staatlich in einem unabhängigen
40 Kurdistan widerspiegeln kann.

41 Die Entkriminalisierung kurdischer Organisationen muss sich unserer Meinung nach auch im Zeigen
42 der Symbole dieser Organisationen widerspiegeln. Ansonsten stellt sich die Bundesrepublik direkt an
43 die Seite der Türkei und damit dem derzeitigen Aggressor in diesem Konflikt.

44 Die Verschärfung des Konfliktes durch die Maßnahmen der Türkei die hauptsächlich innenpolitisch
45 motiviert sind lehnen wir ab. Die Inhaftierung deutscher Staatsbürgerinnen und Staatsbürger muss im
46 Rahmen der immer nationalistischer werdenden türkischen Innenpolitik gesehen werden und
47 deswegen muss der Einsatz für die Inhaftierten noch einmal verschärft werden.

48 Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, und die damit verbundene Zahlung von EU-Geldern,
49 müssen beendet werden. Innenpolitische insbesondere deutsche Beweggründe wie der sogenannte
50 „Türkei-Deal“ mit der „Schließung der Balkanroute“ für Geflüchtete dürfen dabei keine Rolle spielen.

Bildung

B1	Einrichtung eines „Thinktanks Bildung“ <i>KV Kiel</i>	S. 17
B2	Digitale Wirtschaft und Sicherheit an Schulen <i>Juso-Schüler*innengruppe (Landesvorstand)</i>	S. 18
B3	Busfahren für Schüler*innen <i>KV Schleswig-Flensburg</i>	S. 19
B4	Computerführerschein <i>Juso-Schüler*innengruppe (Landesvorstand)</i>	S. 19
B5	Einheitliche Lehrpläne <i>KV Schleswig-Flensburg</i>	S. 20
B6	Philosophieunterricht <i>KV Schleswig-Flensburg</i>	S. 21

B1: Einrichtung eines „Thinktank Bildung“

Antragssteller: Kreisverband Kiel

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 Die Juso Landeskonferenz möge beschließen:

2 Der Juso-Landesvorstand ruft einen „Thinktank Bildung“ ins Leben, in dem ein neues, modernes,
3 gerechtes und zukunftsorientiertes Bildungssystem für Schleswig-Holstein entwickelt wird. Dabei
4 sollen Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Praxis, sowie Experten, Interessierte und Betroffene in
5 einen offenen Ideenaustausch kommen, an dessen Ende ein Konzept für die schleswig-holsteinische
6 Bildungspolitik ab 2022 steht. Um dieses dann umsetzen zu können, soll im Erarbeitungsprozess die
7 Zusammenarbeit mit der SPD-Landtagsfraktion intensiviert werden.

8

9 **Begründung:**

10 Bildungspolitik stellt gewissermaßen das Profilierungsgebiet einer jeden Landesregierung dar: Da es
11 einer der wenigen Politikbereiche ist, in denen fast vollkommene Entscheidungshoheit der Länder
12 vorherrscht, sieht jede Regierung hier ihren größten Handlungsspielraum und bemüht sich immer
13 wieder um Reformen. Auch lassen sich mit diesem Thema offensichtlich Wahlen gewinnen. Die
14 besten Beispiel dafür liegen im Jahr 2017, als sowohl die CDU in Schleswig-Holstein als auch die
15 FDP in Nordrhein-Westfalen damit wahlentscheidend punkten konnten. Dies liegt maßgeblich an der
16 hohen Emotionalität des Themas: von Bildung ist jede*r betroffen und jede*r kann mitreden.

17 Diese Tatsache führt zu einer großen Unbeständigkeit in den Bildungssystemen. In Schleswig-
18 Holstein konnten wir die in den vergangenen Jahren deutlich sehen und die Auswirkungen spüren. Das
19 bekannteste Beispiel dafür sind die Reformen von G8 zu G9 und nun wieder zurück: unter großem
20 personellen und finanziellen Aufwand wurde 2008 die sukzessive Umstellung auf G8 an Gymnasien
21 eingeführt. Ab dem Schuljahr 2019/2020 wird diese nun wieder rückgängig gemacht und das obwohl
22 wissenschaftliche bewiesen ist, dass das eine Jahr Schulunterricht keinen Unterschied in der Qualität
23 der Ausbildung von Schülerinnen und Schülern macht.¹ Deutlich wird daran, dass nicht das Wohle der
24 Kinder oder der Wunsch nach der besten Bildung im Mittelpunkt steht, sondern die Befriedigung von
25 Wählerinteressen und das setzen emotionaler Aufreger, um sich im parteipolitischen Wettstreit zu
26 profilieren, was zu Lasten der Schulen, Lehrer, Kinder, zu Lasten unseres Bildungssystems geht. Dies
27 dürfen wir nicht länger akzeptieren!

28 Deswegen soll in einem möglichst offenen Forum ein neues Bildungssystem für Schleswig-Holstein
29 entwickelt werden. Die Zeit hierfür ist mehr als reif! In Angesicht wachsender Herausforderungen an
30 das System Schule wie z.B. das Recht auf Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich, die Umsetzung
31 von Inklusion und die Digitalisierung nicht nur im Bildungsbereich sondern in der gesamten
32 Gesellschaft, muss es neu gedacht werden. Die gute Haushaltslage und die im Koalitionsvertrag auf

¹ Vgl.: Mercator-Studie 2017 <https://www.stiftung-mercator.de/de/publikation/verkuerzung-der-gymnasialzeit-in-deutschland/>.

33 Bundesebene vereinbarte Lockerung des Kooperationsverbotes bieten zudem die entsprechenden
34 finanziellen Voraussetzungen, um nicht nur kleine Korrekturen vorzunehmen, sondern das System im
35 Großen neuzudenken und zu gestalten.

36 In diese Denkfabrik sollen alle Betroffenen und Interessierten mit einbezogen werden und Ideen und
37 Visionen völlig frei eingebracht, weitergedacht und schließlich zu einem sinnvollen Konzept
38 zusammengefügt werden. Unabhängig von Parteienpolitik steht die Entwicklung des bestmöglichen
39 Konzeptes im Fokus und als Ziel des Arbeitsprozesses, sodass auch überparteiliche Diskussion und
40 Zusammenarbeit gewünscht ist und gefördert werden soll.

41 Als momentane Oppositionspartei im Kieler Landeshaus können wir frei von
42 Regierungsverantwortung und unabhängig von momentanen Standards ein Konzept entwickeln, das
43 zukunftsfähig, wegweisend, nachhaltig und schülerorientiert ist. Damit schärfen wir zudem unser
44 eigenes politisches Profil und können mit einem eigenen gegensätzlichen Entwurf in die nächsten
45 Landtagswahlen starten.

46 Wir wollen hiermit über die oberflächlichen Diskussionen der letzten Jahre wie über G8/G9 und die
47 Dreiteilung des Schulsystems hinausdenken und als Sozialdemokraten den Weg für einen völlig neuen
48 Bildungsansatz ebnen. Am Ende soll ein Schulsystem stehen, welches alle Lerntypen gleichermaßen
49 fördert, Potenziale erkennt und unterstützt, und Kinder und Jugendliche auf die Welt von morgen
50 vorbereitet.

51

B2: Digitale Wirtschaft und Sicherheit an Schulen

Antragssteller: Juso-Schüler*innengruppe (Landesvorstand)

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 Die Juso Landeskonzferenz möge beschließen:

2 Die Themen Digitale Wirtschaft und Digitale Sicherheit, in das Fach Wipo in der Sekundarstufe 1 und
3 2 zu integrieren.

4

5 **Begründung:**

6 Die Digitale Wirtschaft wird mehr, als nur die Welt verändern. Darum sollte man doch den
7 kommenden Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen darüber informieren wie diese Veränderung
8 aussieht. Und dazu gehört auch Datensicherheit, was mehr, als relevant ist für das Individuum.

B3: Busfahren für Schüler*innen

Antragsteller: Kreisverband Schleswig-Flensburg

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

- 1 Die Juso-Landeskonferenz möge sich dafür einsetzen, dass im Land ein separater Fördertopf
- 2 eingerichtet wird für die Finanzierung der Schülerbeförderung. Von diesem können Gemeinden Geld
- 3 beantragen, um eine möglichst kostengünstige Beförderung für Schüler bereitstellen zu können. Dabei
- 4 sollte auch die Oberstufe berücksichtigt werden.

5 **Begründung:**

- 6 Viele Kommunen besitzen nicht genug Geld um die Schülerbeförderung angemessen zu vergünstigen
- 7 zu können. Um diese Kommunen zu unterstützen sollte ihnen finanzielle Hilfe geleistet werden
- 8 können. Dieses ist wichtig damit der Schulweg der Kinder nicht vom Portmonee der Eltern abhängt,
- 9 die momentan vielerorts die Fahrtkosten zur Schule tragen müssen.

B4: Computerführerschein

Antragsteller: Juso-Schüler*innengruppe (Landesvorstand)

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

- 1 Die Landeskonferenz möge beschliessen:
- 2 Die Einführung eines Computerführscheines. Dieser "Führerschein" würde obligatorisch in der 5.
- 3 Klasse gemacht werden. Die Inhalte werden auf verschiedene Fächer verteilt. Die Inhalte dieses
- 4 Führscheines sollten sein:
- 5 1) Die rudimentäre Bedienung eines Computers: darunter auch Erklärungen zur Anatomie eines
- 6 Computers/Laptop sowie eine Einführung in die Funktionsweise. (Wenn Naturwissenschaften gelehrt
- 7 wird, dann fällt es in dieses Fach. Wenn es in weitergehenden Schulen in Physik, Biologie und
- 8 Chemie aufgeteilt ist dann fällt es unter Physik)
- 9 2) Umgang mit Textbearbeitungsprogrammen (word, open office) Speicherung von Daten (word zu
- 10 pdf) und Backup. (Deutsch)
- 11 3) Digitale Bildung: hierunter fallen Datensicherheit, die Wirkung der sozialen Medien und
- 12 "Netiquette".(Deutsch)

13 4) Medienkritik und die Suche im Internet.(Deutsch)

14 **Begründung:**

15 In der Digitalisierung würden 9% aller Jobs wegfallen, für 25% der Jobs, würden 50% der Leistungen
16 stark durch Automatisierung verändert werden(Arntz, Gregory and Zierahn, 2016). Sicherlich, es
17 werden Jobs wegfallen, aber durch diese Automatisierung entstehen auch Jobs. Bzw. die
18 Überwachung der Maschinen in IoT Netzwerken oder simple programmierung. Die Erklärung von wie
19 ein Computer/Laptop funktioniert hilft auch bei dem nutzen, von dem besagten Gerät.

20 Digitale Bildung ist fundamental, weil die Zukunft in der Welt der Daten liegt. Phänomene wie
21 Bitcoin machen deutlich, wie wichtig ein fundiertes Wissen der digitalen Welt ist, denn die Menschen
22 von Morgen müssen Herr über ihre Daten und ihr Geld sein. Algorithmen werden wiederholt benutzt
23 und das auch später i der Arbeitswelt, deswegen ist es wichtig ein Fundament zu haben worauf man
24 später im Schul Alltag ausbauen kann. Der Computerführerschein soll in generell einen Standard für
25 alle Schüler*innen in Schleswig-Holstein sein und ein Fundament für spätere weiterbildung im Thema
26 Digitales sein.

27

B5: Einheitliche Lernpläne

Antragsteller: Kreisverband Schleswig-Flensburg

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 An:

2 SPD Bundestagsfraktion

3 Bundesministerium für Bildung und Forschung

4 Die Landeskonzferenz möge beschließen:

5 Die Jusos Schleswig-Holstein sollen sich dafür einsetzen, dass es ab der 7. Klasse einheitliche
6 Lehrpläne in Deutschland gibt, um dadurch den Bildungsunterschied zwischen den verschiedenen
7 Bundesländern zu verringern.

8 **Begründung:**

9 Momentan ist jedes Bundesland für die Lernpläne in den Schulen zuständig. Allerdings entsteht
10 dadurch die Situation, dass an Hochschulen und Universitäten nicht auf die Leistung, sondern auf die
11 Herkunft geachtet wird. Durch vereinheitlichte Lehrpläne wäre die Herkunft egal und es würde wieder
12 die Leistung gezählt werden. Zudem würden die Bildungsunterschiede, zwischen den verschiedenen
13 Bundesländern wegfallen, da alle Kinder und Jugendlichen ab der 7. Klasse dann den gleichen
14 Unterrichtsstoff beigebracht bekommen. Außerdem haben so auch alle Schüler*innen gleiche
15 Voraussetzungen für das Zentralabitur.

16

B6: Philosophieunterricht

Antragsteller: Kreisverband Schleswig-Flensburg

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

- 1 Die Landeskonzferenz möge beschließen, dass Eltern bei der Anmeldung zur Grundschule darüber
- 2 informiert werden, ob an der betreffenden Schule die Alternative des Philosophieunterrichtes zu dem
- 3 konfessionsgebundenen Religionsunterricht existiert. Gleichzeitig soll die SPD-Landtagsfraktion eine
- 4 Anfrage an die Landesregierung stellen, wie der Sachstand des Philosophieunterrichtes an
- 5 Grundschulen momentan ist.
- 6 **Begründung:**
- 7 Begründung erfolgt mündlich.

Gesundheit und Verbraucherschutz

G1	Unentgeltliche Abgabe aller Hygieneartikel für die Periode <i>Frauenvernetzung (Landesvorstand)</i>	S.23
G2	Fleisch ist kein Gemüse <i>Kreisverband Rendsburg-Eckernförde</i>	S.23
G3	Man ist, was man isst <i>Kreisverband Schleswig-Flensburg</i>	S.24
G4	Professionelle Pflege stärken <i>AG Gesundheit (Landesvorstand)</i>	S.24
G5	Pflegeberufe stärken <i>Kreisverband Rendsburg-Eckernförde</i>	S.25
G6	Anbau von medizinischen Marihuana auch verstärkt in Deutschland <i>Kreisverband Schleswig-Flensburg</i>	S. 26

G1: Unentgeltliche Abgabe aller Hygieneartikel für die Periode

Antragssteller: Frauenvernetzung (Landesvorstand)

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 Die Jusos Schleswig Holstein fordern, dass Menstruationsartikel, die Frauen während der Periode
2 verwenden, unentgeltlich zugänglich sind. Dazu gehören zum Beispiel Binden, Slipeinlagen, Tampons
3 und Menstruationstassen, die dann vor allem in Apotheken, Praxen und Beratungsstellen erhältlich
4 sein sollen. Dazu wird die SPD-Landtags- und Bundestagsfraktion aufgefordert entsprechende
5 Anträge vorzubereiten und sich als ersten Schritt in den Parlamenten dafür einzubringen, dass die
6 Mehrwertsteuer für diese Artikel auf sieben Prozent gesenkt wird.

7

8 **Begründung:**

9 Die meisten Frauen haben über Jahrzehnte ihre Periode. Rechnet mensch die Kosten, die Frauen für
10 Menstruationsartikel aufbringen müssen, zusammen, kommt eine hohe Summe zustande. Frauen
11 erfahren dadurch Ungerechtigkeit, weil auf sie Kosten zukommen, die Männer nicht aufbringen
12 müssen. Hinzu kommt, dass die Hygieneartikel mit dem "Luxussteuersatz" besteuert werden.
13 Während z. B. ein Strauß Blumen mit sieben Prozent besteuert wird, sind es bei Tampons 19 Prozent.
14 Insbesondere für Frauen mit geringem Einkommen und für Frauen mit einer starken Periode wird es
15 teuer.

G2: Fleisch ist kein Gemüse

Antragssteller: Kreisverband Rendsburg-Eckernförde

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 Die Landeskonzferenz der Jusos Schleswig-Holstein möge beschließen:

2 Die Jusos Schleswig-Holstein setzen sich für die Einführung ein Steuer auf Fleischprodukte ein, die
3 der Einpreisung der ökologischen Folgekosten der Fleischerzeugung dient.

4 **Begründung:**

5 Erfolgt mündlich.

6

G3: Man ist, was man isst

Antragssteller: Kreisverband Schleswig-Flensburg

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 Wir fordern eine kostenlose Ernährungsberatung für Jeden. Dieses kann mittels eines
2 Ernährungsberatung-Gutschein umgesetzt werden, der zunächst an jeden Haushalt im Land
3 Schleswig-Holstein verteilt werden kann und dann beantragt werden kann. Dieses kann durch eine
4 Schulung mit inklusivem Kochkurs erweitert werden. Dieses kann auch vom Arzt verschrieben
5 werden, falls es nicht zur Kenntnis genommen wird. Auch das Sozialamt kann den Besuch der
6 Ernährungsberatung empfehlen. Diese Ernährungsberatung soll zu Hälfte von der Krankenkasse
7 getragen werden.

8 **Begründung:**

9 Ein großer Bestandteil der eigenen Gesundheit hängt von dem was wir essen ab. Häufig geht dieses
10 jedoch verloren. Gerade wenn es mit dem Geld knapp ist kaufen viel sehr Fetthaltige, salzhaltige und
11 sehr ungesunde Fertigprodukte, die der Gesundheit schaden. Dabei verlieren frische selbstgekochte
12 Produkte an Bedeutung. Obwohl häufig frische saisonale Lebensmittel nicht teurer als Fertigprodukte
13 sind. Um dieses zu verdeutlichen sollte jeder die Chance dazu haben kostenlos Hilfe dazu bekommen
14 damit man sich leichter ausgewogen ernähren kann.

G4: Professionelle Pflege stärken

Antragssteller: AG Gesundheit (Landesvorstand)

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 Der Alltag der professionell Pflegenden wird von Zeitmangel und Unterbesetzung geprägt. Um die
2 pflegerische Versorgung und dessen Qualität in Zukunft sicherzustellen, müssen weitreichende
3 Maßnahmen ergriffen werden.

4 Es gibt in Deutschland zu wenig ausgebildete Pflegefachkräfte. Vergangene, gescheiterte Projekte,
5 Pflegekräfte aus dem Ausland anzuwerben, haben gezeigt, dass die Bestrebungen des
6 Bundesgesundheitsministers in die falsche Richtung gehen. Die Arbeitsbedingungen müssen deutlich
7 verbessert werden, damit ausgebildete Pflegekräfte auch weiterhin in ihrem Beruf arbeiten, junge
8 Menschen sich ausbilden lassen möchten und ausländische Pflegefachkräfte in Deutschland arbeiten.

9 Die Pläne der Bundesregierung, einen gesetzlichen Personalbemessungsschlüssel auf allen
10 bettenführenden Klinikstationen einzuführen, unterstützen wir ausdrücklich. Wir fordern, dass der
11 Bemessungsschlüssel auch auf alle stationären Pflegeeinrichtungen ausgeweitet wird.

12 Wir begrüßen, dass sich die schleswig-holsteinische Pflegeberufekammer konstituiert hat. Eine starke
13 Interessenvertretung der Pflegenden ist essenziell, um Forderungen politisch durchzusetzen und so die
14 Bedingungen in der Pflege zu verbessern. Eine flächendeckende Interessenvertretung durch
15 Pflegekammern nach schleswig-holsteinischem Vorbild in allen Bundesländern ist erstrebenswert. Die
16 Bestrebungen, eine Bundespflegekammer zu gründen, müssen politisch und finanziell unterstützt
17 werden.

18 In den meisten Berufen wird gute Leistung belohnt. Wenn ein*e Patient*in oder Bewohner*in jedoch
19 einen Pflegegrad herunter gestuft wird, weil sich seine bzw. ihre Gesundheit durch die gute Pflege
20 verbessert hat, bekommt das Pflegeheim weniger Geld. Es muss eine Art Boni-System eingeführt
21 werden, sodass das Pflegeheim finanziell belohnt wird, wenn sie es schaffen, dass Bewohner niedriger
22 eingestuft werden.

23 Viele pflegebedürftigen Menschen rutschen durch die hohen Kosten in die Sozialhilfe, da die
24 Pflegeversicherung nicht ausreichend greift. Deswegen fordern wir eine Erhöhung des Beitrags der
25 Pflegeversicherung. Mittelfristig muss die Bürgerversicherung eingeführt werden.

26 **Begründung:**

27 Erfolgt ggf. mündlich.

G5: Pflegeberufe stärken

Antragsteller: Kreisverband Rendsburg-Eckernförde

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 Die Pflege ist wieder einmal zu einem der größten Themen in der Politik geworden. Ausschlaggebend
2 hierfür war wohl die öffentliche Kritik eines Pflegers gegenüber Angela Merkel im
3 Bundestagswahlkampf.

4 Für uns Jusos ist die dramatische Situation in Krankenhäusern, Pflege- und Altenheimen, aber auch im
5 ambulanten Pflegedienst nichts Neues. Für uns ist klar, dass die sozialen Berufe einer der wichtigsten
6 Bestandteile unserer Gesellschaft sind. Wir wollen die Pflegeberufe besserstellen. Dafür darf es nicht
7 zu Minimalkompromissen kommen. Vielmehr muss ein grundsätzliches Umdenken stattfinden.

8 Die Arbeitsbedingungen in der Pflege sind schlecht. Dies ist zum Beispiel am BKK Gesundheitsreport
9 aus dem Jahr 2016 erkennbar. Nach diesem wurde fast jedem*r zehnten Altenpfleger*in im Jahr 2015
10 ein Antidepressivum verschrieben. In keiner anderen Berufsgruppe gibt es mehr Fehltag aufgrund
11 psychischer Erkrankungen. In anderen Pflegeberufen sieht es ähnlich aus.

12 Dies ist ein Ergebnis des Mangels an Personal in der Pflege. Diejenigen die dort arbeiten werden
13 überfordert und mit immer mehr Aufgaben belastet. Diese Situation veranlasst viele den Beruf wieder
14 aufzugeben, was den Pflegenotstand noch verstärkt. Aber auch der Weg in den Pflegeberuf ist nicht
15 attraktiv, da die Ausbildung häufig Geld kostet und nicht vergütet wird.

16

17 Deshalb fordern wir:

18

19 • Ausnahmeregelungen, die es in Pflegeberufen ermöglichen, Personal bereits nach 10 statt
20 üblichen 11 Stunden Freizeit wieder arbeiten zu lassen, abzuschaffen

21 • eine Mindestvergütung für Bereitschaftsdienste

22 • einen angemessenen Personalschlüssel, der nicht nur auf Kriterien der Effizienz beruht

- 23 • ein Recht auf Weiterbildungsmöglichkeiten für Pflegerinnen und Pfleger
- 24 • ein Recht auf jährliche medizinische Untersuchungen
- 25 • Reduzierung der berufsfremden Tätigkeiten
- 26 • eine kostenfreie Ausbildung mit einer Mindestausbildungsvergütung, die sich am BAföG-
- 27 Höchstsatz orientiert
- 28 • eine Aufwertung der Pflegeberufe durch bessere Bezahlung

29

30 **Begründung:**

31 erfolgt mündlich.

G6: Anbau von medizinischem Marihuana auch verstärkt in Deutschland

Antragsteller: Kreisverband Schleswig-Flensburg

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

- 1 Die Landeskonferenz möge beschließen darauf hinzuwirken die Vergabe Richtlinien für den
- 2 medizinischen Anbau von Marihuana in Deutschland gelockert werden, sodass eine Versorgung des
- 3 medizinischen Bedarf in Deutschland gewährleistet werden kann.

4 **Begründung**

5 erfolgt mündlich.

Infrastruktur und Verkehr

- | | | |
|----|---|-------|
| I1 | Unser Weg in eine digitale Welt
<i>Landesvorstand</i> | S. 28 |
| I2 | Europäische Infrastruktur stärken – unabhängig von China
<i>Kreisverband Steinburg</i> | S. 32 |
| I3 | Schnellere Schritte zum besseren Verkehr
<i>Kreisverband Kiel</i> | S. 33 |

I1: Unsere Zukunft in einer digitalen Welt

Antragssteller: Landesvorstand

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 Die digitale Welt erfasst alle unsere Lebensbereiche. Sei es das Gucken von Serien auf Tablets in der
2 Bahn oder die vollautomatischen Kassen im Supermarkt. Wie schon Ende des 19. Jahrhunderts im
3 Zuge der Industrialisierung steht unsere Gesellschaft und insbesondere die Politik vor der Aufgabe,
4 der technischen Revolution einen Rahmen zu geben. Es gibt viel zu tun: jeder dritte Mensch in
5 Deutschland fühlt sich nicht für die Digitalisierung der Gesellschaft gerüstet. Die Komplexität, die mit
6 der Digitalisierung einhergeht, überfordert viele und auch die Ergebnisse der PISA-Studie
7 verdeutlichen, dass ca. 20% der Schüler*innen lediglich einfache Aufgaben wie das Kopieren von
8 Texten oder Verfassen von E-Mails am Computer erledigen können.

9 Wir stehen also vor der Aufgabe, aus einem technischen Fortschritt auch einen gesellschaftlichen
10 Fortschritt zu machen. Wir müssen die Chancen der neuen Technologien nutzen und die damit
11 einhergehenden Risiken klein halten.

12

13 Arbeit

14 Die zukünftige Entwicklung des Arbeitsmarktes wird eine Automatisierung einfacher Arbeitsprozesse
15 mit sich bringen. Daraus resultiert ein Wegfallen vieler Arbeitsplätze und ganzer Berufsgruppen.
16 Besonders betroffen von diesem Wandel sind geringqualifizierte Arbeitnehmer*innen, da einfache
17 Arbeitsprozesse am besten automatisierbar sind.

18 Doch durch die Digitalisierung werden auch viele neue Jobs entstehen. In der IT-Branche wird
19 beispielsweise schon jetzt händeringend nach Fachkräften gesucht.

20

21 Um die aus dem enormen strukturellen Wandel hervorgehende Problematiken richtig begegnen zu
22 können, fordern wir Jusos Schleswig-Holstein:

23

- 24 • Einen umfassenden Ausbau der Weiterbildungsmaßnahmen des Arbeitsamtes, welche auch
25 verstärkt die Möglichkeit geben, sich nicht nur innerhalb eines Fachbereiches weiter zu bilden,
26 sondern auch Erfahrungen in neuen Branchen zu machen.
- 27 • Erhöhung der Leistungen für Arbeitssuchende sowohl des ALG I als auch ALG II sowie
28 Abschaffung der Sanktionsmöglichkeiten.
- 29 • Mehr Wahlmöglichkeiten bei der Wahl der Arbeitszeit und des Arbeitsortes, sofern
30 betriebliche Belange dem nicht entgegenstehen und der Arbeitsschutz gewahrt ist.
- 31 • Regulierung durch Betriebsvereinbarungen hin zu Kontenmodellen, Langzeitkonten und
32 flexiblen Schichtsystemen.
- 33 • Die Unterstützung und Förderung der Möglichkeit des Home-Offices. Dabei muss ein
34 angemessener Arbeitsplatz sowie die dazu notwendige Hardware vom Arbeitgeber gestellt
35 werden. Es darf dadurch nicht zu einer Mehrarbeit kommen.

- 36 • Anrechnung von Arbeitsleistungen in der Freizeit oder Dienstreisen als vollständige
37 Arbeitszeit.
- 38 • Arbeitsvermittlungs-Plattformen müssen rechtlich mit regulären Arbeitgeber*innen
39 gleichgestellt werden, genau wie die vermittelten Arbeiter*innen auch in den rechtlichen
40 Begriff des*der Arbeitnehmer*innen einbezogen werden müssen.
- 41 • Einführung von Regelungen gegen die ständige Erreichbarkeit von Arbeitnehmer*innen, z.B.
42 über Diensttelefone, außerhalb ihrer Arbeitszeit.
- 43 • Einhaltung der maximal gültigen Tagesarbeitszeit nach dem Arbeitszeitgesetz. E-Mail-Konten
44 usw. sind nach dem Erreichen der Tagesarbeitszeit automatisch abzuschalten und zu sperren.
45 Ausnahmen können in den Betriebsvereinbarungen festgelegt werden.
- 46 • Einführung von klaren Vorgaben, die regeln, welche Daten zu welchem Zweck und zu
47 welchen Bedingungen im Unternehmen verarbeitet werden dürfen.
- 48 • Verbot von Kamera- und Tonüberwachung bei der Arbeit, sofern sie nicht zur Absicherung
49 des Betriebsgeländes dienen.

50

51 **Bildung**

52 Der Zeitgeist kann sich immer irren, doch können wir sicher sein, dass die traditionellen Schulen oder
53 die Art und Weise wie wir Lehren und Lernen, sich verändern wird. Schulbücher werden in absehbarer
54 Zeit zumindest zum Teil durch Tablets ersetzt, der traditionelle Unterricht durch Lernapps und
55 interaktive Lernplattformen erweitert.

56 Im heutigen politischen Diskurs werden nach wie vor die technischen Fragen in den Vordergrund
57 gestellt. Wir stehen jedoch auch vor der Aufgabe zu schauen, wie Lehren und Lernen in einer
58 digitalisierten wie auch globalisierten Welt aussehen kann und welche Fähigkeiten unsere
59 Schüler*innen benötigen, um in der digitalen Arbeitswelt und Gesellschaft Fuß fassen zu können.

60

61 Daher fordern wir als Jusos Schleswig-Holstein:

- 62 • Flächendeckendes W-LAN an allen Schulen in Schleswig-Holstein.
- 63 • Ausbau der Wartung der Technik und der W-LAN-Anschlüsse der Schulen durch zusätzliche
64 Kräfte, damit diese Aufgabe nicht auf die Lehrer*innen fällt.
- 65 • Unterstützung von Bildungseinrichtungen, um Digitalisierungsprozesse zu unterstützen und
66 aktiv zu gestalten.
- 67 • Förderung der Medienkompetenz von der Kita bis zur Erwachsenenbildung.
- 68 • Offener und kostenloser Zugang zu digitalen Lehr- und Lerninhalten
 - 69 ○ Förderung der Vernetzung und des Austauschs von Lehr- und Lernmaterialien.
 - 70 ○ Förderung von freien Lern- und Lehrmaterialien mit einer offenen Lizenz.
 - 71 ○ Förderung und Ausbau von Massive Open Online Courses (MOOCs) und anderen
72 digitale Bildungsangeboten an Bildungseinrichtungen, um Menschen einen diverseren
73 Zugang zu Bildung zu ermöglichen.
 - 74 ○ Zugang zu Lehr- und Lernmaterialien an Hochschulen unter Einsatz von Open
75 Access-Lizenzen verfügbar machen.

- 76 • Moderne Hochschulen mit einer entsprechenden Ausstattung, um angehende Lehrer*innen
77 angemessen im Bereich der Digitalisierung auszubilden und passende Forschung zu
78 ermöglichen.
- 79 • Medienkompetenz als verpflichtender Teil in der Lehrer*innenausbildung.
- 80 • Ausbau von Massive Open Online Courses (MOOCS) und kollaborative Lerntools zur
81 Unterstützung der Arbeit und Austausch bezüglich Lehrmaterialien und Kompetenzen
82 zwischen den Lehrkräften.
- 83 • Evaluierung und Anpassung der Kompetenzraster der KMK im Bezug auf eine digitalisierte
84 und globalisierte Welt.

85

86 **Datenschutz**

87 Am 25. Mai 2018 wird die neue Europäische Datenschutzgrundverordnung (EU DSGVO) in Kraft
88 getreten sein. Damit löst sie viele, teils veraltete, Datenschutzrichtlinien und Gesetze ab. Gleichzeitig
89 machte die kommerzielle Auswertung nutzerbezogener Daten von Facebook für den US-
90 Präsidentschaftswahlkampf Schlagzeilen. Die voranschreitende Digitalisierung und die damit
91 verbundenen Möglichkeiten zur Datennutzung und -verarbeitung verdeutlichen, warum Datenschutz
92 eine zentrale Rolle der politischen Gestaltung und gesellschaftlichen Wahrnehmung einnehmen muss.
93 Mit dem Inkrafttreten der EU DSGVO ist das politische Kapitel des Datenschutzes bei Weitem nicht
94 abgeschlossen, sondern bedarf einer ständigen Anpassung und ggf. Nachbesserung. Dabei darf das
95 Leitmotiv jedoch nicht “Datenschutz gegen Digitalisierung” sondern vielmehr “Datenschutz und
96 Digitalisierung” sein. Es geht nicht darum, keine Daten mehr von sich preiszugeben. Viel mehr ist die
97 Schaffung einer sicheren rechtlichen Umgebung nötig, die den Missbrauch von Daten verhindert.
98 Dabei muss der Schutz des Datenurhebers im Mittelpunkt stehen. Auch die Verweigerung eines
99 Einzelnen, persönliche Daten preiszugeben, darf zu keinem Nachteil führen.

100

101 Die Jusos Schleswig-Holstein stellen daher folgende Forderungen zum Datenschutz auf:

- 102 • Recht auf Auskunft von Algorithmen und wie diese ihre Entscheidungen treffen in einer auch
103 für Laien verständlichen Art und Weise.
- 104 • Sensibilisierung für Datenschutz im Bildungsbereich.
- 105 • Beteiligung an der Schaffung einer digitalen europäischen Grundrechte-Charta, basierend auf
106 einer Initiative der ZEIT-Stiftung. Sie umfasst Prinzipien für den Umgang mit Big Data,
107 künstlicher Intelligenz, Robotik und sozialer Verhaltenssteuerung.
- 108 • Schaffung eines Beschäftigungsdatschutzgesetz, welches eine Übersicht über geltende
109 Regelungslücken für Arbeitgeber*innen wie Arbeitnehmer*innen bietet.
- 110 • Erreichen eines Transparenz-Grundsatzes über die Nutzung personenbezogener Daten durch
111 Unternehmen, wie diese Daten nutzen sowie regelmäßige Veröffentlichung eines Daten-
112 Reports.
- 113 • Anonymisierung und Pseudonymisierung als Standard, z.B. in Bewerbungsverfahren.

114

115 **Infrastruktur und Ökologie**

116 Der Ausbau der digitalen Infrastruktur schreitet in Deutschland langsamer voran, als in anderen
117 Ländern. Neue Technologien wie das 5G-Netz stellen zusätzliche Herausforderungen dar, schließlich

118 ist der Ausbau der 4G/LTE-Netzes nicht abgeschlossen. Der unterschiedliche Ausbaustand des 3G -
119 und 4G - Netzes je nach Anbieter sorgt für zusätzliche Defizite für die Verbraucher*innen. Weitere
120 Probleme sind der schleppende Ausbau des Glasfasernetzes in ländlichen Gebieten
121 (<https://www.breitband-in-sh.de>), gerade in Schleswig-Holstein. Ein Grund dafür ist auch, dass die
122 Unternehmen, die den Ausbau betreiben, unter wirtschaftlichen Aspekten handeln und der Ausbau im
123 ländlichen Raum nicht profitabel ist. Des Weiteren werden die Milliarden Euro an Fördergeldern für
124 den Breitbandausbau nur zu geringen Teilen abgerufen. Wie auch Straße und Schiene stellt die digitale
125 Infrastruktur und somit auch der Breitbandausbau ein Grundbedürfnis der Bürger*innen in Schleswig-
126 Holstein dar. Um diese Zukunftsfrage muss sich nun der Staat kümmern. Die Jusos Schleswig-
127 Holstein sind davon überzeugt, dass die Schaffung und Erhaltung von Infrastruktur staatliche Aufgabe
128 ist.

129

130 Daher fordern die Jusos Schleswig-Holstein:

- 131 • Erreichen des 50 M/bit-Ziels wird Staatsaufgabe.
- 132 • Verstaatlichung der digitalen Infrastruktur und Ausbau dieser durch den Staat.
- 133 • Vom Bund bereitgestellte Fördergelder für den Breitbandausbau müssen nutzbar gemacht
134 werden.
- 135 • Senkung der überdurchschnittlich hohen Internetpreise - zu diesem Zweck werden
136 Bandbreiten aus dem staatlichen Netz an Unternehmen verpachtet. Das sorgt auch für
137 Steuereinnahmen und Refinanzierung.
- 138 • Abkehr vom technologieneutralen Ausbau - Fiber To The Home (FTTH) wird Standard in
139 Schleswig-Holstein und Deutschland.
- 140 • Unterstützung des gemeinsamen Ausbaus des 3G- und 4G-Antennen.
- 141 • Staatlicher Ausbau des 5G-Netzes.
- 142 • Durch Sektorenkopplung sollen die Sektoren der öffentlichen Infrastruktur effizient und
143 nachhaltig miteinander vernetzt werden.

144

145

146 **Anti-Diskriminierung**

147 Leider hat das Internet auch seine Nachteile: Beleidigungen und Hasskommentare können schnell und
148 vor allem anonym verbreitet werden, Menschen werden gezielt angegriffen. Oft werden auch
149 Drohungen ausgesprochen. Vor allem rassistische und sexistische Äußerungen gehören zum Alltag
150 vieler Kommentarspalten und Foren. Aus diesem Grund ist es wichtig, viel mehr darauf zu achten,
151 dass das Internet kein rechtsfreier Raum ist.

152

153 Aus diesem Grund fordern die Jusos Schleswig-Holstein:

- 154 • Einführung eines digitalen Antidiskriminierungsgesetzes.
- 155 • “Cyber-Mobbing” als verpflichtenden Teil in die Lehrpläne integrieren.
- 156 • Anlaufstellen gegen Cybermobbing schaffen, staatlich finanzieren und bekannt machen.

157 • Entgegenwirken von Hasskriminalität und Fake News z.B. indem Hasskommentare und Fake-
158 Profile, mit denen Menschen anonym andere angreifen, schnellstmöglich erkannt und gelöscht
159 werden.

160 • Einführung einer gesonderten Abteilung zu Cyberkriminalität bei der Polizei.

161 • Berichtspflicht für Anbieter von Social-Media-Seiten bei rechtswidrigen Inhalten wie
162 Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung.

163

164 **Gesundheitsversorgung**

165 Jegliche digitalen Erneuerungen in der Pflege müssen direkt oder indirekt dazu dienen, den Pflegenden
166 mehr Zeit mit den Patient*innen bzw. Bewohner*innen zu verschaffen. Entwicklungen, die den
167 gegenteiligen Effekt haben und die pflegerischen Handlungen von Menschen ersetzen sollen, sind
168 abzulehnen.

169

170 Daher fordern wir Jusos-Schleswig-Holstein:

171 • Die flächendeckende Einführung von Telemedizin.

172 • Angleichung des Fernbehandlungsverbot an die moderne Gesellschaft, sodass der rechtliche
173 Rahmen gesetzt wird, um die Möglichkeiten der Digitalisierung auch in der medizinischen
174 Versorgung zu nutzen.

I2: Europäische Infrastruktur stärken – unabhängig von China

Antragsteller: Kreisverband Steinburg

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

2 Die Jusos Schleswig-Holstein setzen sich dafür ein und fordern den SPD-Bundesvorstand und die
3 Bundestagsfraktion auf, sich auf europäischer Ebene für ein Maßnahmenpaket ein, dass darauf
4 abzielen soll, die Infrastruktur insbesondere in konjunkturschwachen Staaten zu fördern und
5 gleichzeitig den zunehmenden chinesischen Einfluss auf Infrastrukturprojekte in solchen Staaten zu
6 schwächen. Dieses Paket soll konkret aus den folgenden Maßnahmen bestehen:

7 • Eine EU-Verordnung, die Investitionen in Infrastrukturprojekte aller Art in EU-Staaten durch
8 Unternehmen, die im Eigentum ausländischer Staaten stehen, sowie außereuropäischer
9 Staatsfonds und staatliche Kreditinstitute, von der Genehmigung der Europäischen
10 Kommission durch Mehrheitsentscheid abhängig macht („Screening-Verordnung“). Sollte
11 sich herausstellen, dass keine der derzeit bestehenden EU-Kompetenzen ausreicht, um eine
12 solche Verordnung zu erlassen, soll hierfür der AEUV geändert werden
13

14 • Einrichtung eines Europäischen Infrastrukturministeriums, bei dem die Einzelstaaten für sie
15 besonders bedeutende Verkehrsprojekte zur Förderung anmelden können; das Ministerium

16 stellt dann in regelmäßigen Abständen einen Plan mit Projekten auf, die mit europäischer
17 Förderung realisiert werden können; der bisherige EU-Verkehrskommissar soll als
18 europäischer Infrastrukturminister den Vorsitz des Ministeriums übernehmen

19

- 20 • Gegenfinanzierung dieser Förderung durch die Einführung einer europaweiten
21 Finanztransaktionssteuer sowie durch Einführung von Europäischen Staatsanleihen, welche
22 unter Auflagen für die Eurostaaten möglich werden sollen (siehe AS 3 der o. LaKo 2017)

23

24 **Begründung:**

25 Zahlreiche Staaten in Süd- und Osteuropa haben Probleme mit unzureichend ausgebauter
26 Infrastruktur. Derzeit bemühen sich chinesische Staatsunternehmen vermehrt darum, diese
27 Investitionslücken im Rahmen der globalen „Seidenstraßen-Initiative“ zu schließen. Seit Beginn der
28 Eurozone hat China sein Investitionsvolumen in der EU verfünffach, letztes Jahr wurden auf
29 einem Gipfel der „16+1“-Gruppe (sechzehn europäische Staaten und China) in Budapest zahlreiche
30 Verträge unterzeichnet, die chinesische Investitionen u.a. in eine Eisenbahnverbindung Budapest-
31 Belgrad beinhalten. Forbes bezeichnete den Gipfel als „China’s Bid to buy Eastern Europe on the
32 Cheap“. Diese Investitionsoffensive stellt offenkundig einen Versuch Chinas dar, sich die
33 ökonomische Kontrolle über Teile Europas anzueignen. Dies geht einher mit politischer Kontrolle: Im
34 Sommer 2017 blockierte beispielsweise Griechenland, dessen Häfen zum Teil chinesischen
35 Staatsunternehmen verkauft wurden, eine Erklärung der EU, die Kritik an der schlechten
36 Menschenrechtslage China üben sollte. Diese Entwicklung muss gestoppt werden, wenn die
37 Fliehkräfte innerhalb der Union nicht von China ins Unendliche beschleunigt werden sollen. Eine
38 stärkere Investitionskontrolle durch eine Screening-Verordnung ist hierzu ein angemessenes Mittel.

39 Klar ist zudem, dass die Investitionslücken in der EU stattdessen auf solidarische Weise geschlossen
40 werden müssen. Hierfür soll ein Europäisches Infrastrukturministerium geschaffen werden, das
41 Förderungswürdige Projekte definiert und die Geldmittel bereitstellt. Zur Finanzierung wird u.a. die
42 Finanztransaktionssteuer dienen, welche große Summen Geld aus der Ebene des reinen Wettgeschäfts
43 am Derivatemarkt in die Sphäre der Realwirtschaft zurückbringen soll.

I3: Schnelle Schritte zu besserem Verkehr

Antragsteller: Kreisverband Kiel

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 *Die Landeskonzferenz möge beschließen:*

2 Die SPD muss gewillt sein, schnell Ansätze zu einem Ausbau von Radverkehr und ÖPNV
3 umzusetzen. Deshalb fordern wir die Bundestagsfraktion zu folgenden Maßnahmen auf:

4 1) In Tempo-30-Zonen gelten für Fahrradfahrer die gleichen Rechte wie in Fahrradstraßen wie z.B.
5 das erlaubte Nebeneinanderfahren.

6 2) Für die Einführung von Tempo-30-Abschnitten genügt ein Beschluss der kommunalen
7 Selbstverwaltung. Bundesrecht steht lokalem Willen und Sicherheitsgefühl nicht länger entgegen.

8 3) Für Fahrradfahrer wird der „permanente grüne Pfeil“, also das erlaubte Rechtsabbiegen an roten
9 Ampeln, eingeführt.

10 4) Strafen für Schwarzfahren im Nahverkehr und für Parkvergehen werden auf
11 Ordnungswidrigkeitsniveau harmonisiert.

12 **Begründung:**

13 Gerade in den Städten sehen sich viele Menschen nach einer anderen Mobilität. Echte Verbesserungen
14 sind oft mit kleinen Maßnahmen zu erreichen. Die SPD bekennt sich zu der konkreten Verbesserung
15 der Lebensumstände und dem Gestaltungswillen der Menschen für ihr Lebensumfeld.

Organisation

OR1	Änderung der Richtlinien der Jusos Schleswig-Holstein <i>Kreisverband Kiel</i>	S. 36
OR2	Juso-Mitgliedschaft erlauben <i>Kreisverband Stormarn</i>	S. 36
OR3	Erneuerung der SPD SH mit allen Mitgliedern <i>Kreisverband Kiel</i>	S. 36
OR4	Unabhängigkeit und Transparenz ausbauen <i>Kreisverband Kiel</i>	S. 37
OR5	Mit gutem Beispiel voran gehen – Englische Beitrittserklärung einführen <i>Kreisverband Dithmarschen</i>	S. 37
OR6	Fähigkeit zum Wandel sicherstellen <i>Kreisverband Kiel</i>	S. 38
OR7	Trennung von Amt und Mandat <i>Kreisverband Kiel</i>	S. 38
OR8	Belebende Strukturen <i>Kreisverband Rendsburg-Eckernförde</i>	S. 39
OR9	Mehr Themenvielfalt wagen <i>Kreisverband Steinburg</i>	S. 41
OR10	Redezeit für Gastredner einschränken <i>Kreisverband Steinburg</i>	S. 42

OR1: Änderung der Richtlinien der Jusos Schleswig-Holstein

Antragssteller: Kreisverband Kiel

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

- 1 Die Landeskonzferenz möge beschließen:
- 2 § 14 Absatz 4 a der Richtlinien wird geändert und lautet nun mehr: ordentliche Landeskonzferenzen:
- 3 vier Wochen vor dem Konferenztermin
- 4 **Begründung:**
- 5 Festlegung des Antragsschlusses unabhängig von der Länge eines Monats i.d.R. auf einen Freitag,
- 6 Verbesserung der Übersichtlichkeit und Praktikabilität, zugleich Angleichung an Absatz 4b)

OR2: Juso-Mitgliedschaft erlauben

Antragssteller: Kreisverband Stormarn

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

- 1 Die Juso Landeskonzferenz beschließt:
- 2 Wir fordern die SPD dazu auf, §10a Abs. 6 Organisationsstatut der SPD zu streichen.
- 3 **Begründung:**
- 4 Durch §10a Abs. 6 Organisationsstatut der SPD ist es ausgetretenen SPD Mitgliedern nicht möglich,
- 5 wieder bei den Jusos einzutreten. Dies stellt einige unserer Mitglieder vor große Probleme. Gerne
- 6 würden sie sich weiter bei den Jusos engagieren, wollen aber aus verschiedenen Gründen nicht mehr
- 7 Mitglied in der SPD sein. Durch die Möglichkeit sich trotzdem weiterhin bei den Jusos zu engagieren
- 8 bleiben sie als Unterstützer*innen im Kampf um soziale Gerechtigkeit an der Seite der SPD erhalten.
- 9

OR3: Erneuerung der SPD SH mit allen Mitgliedern

Antragssteller: Kreisverband Kiel

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

- 1 Die Juso-Landeskonzferenz möge beschließen:

2 Die Jusos SH bilden offene Strukturen, um die Arbeit der Erneuerungskommissionen der SPD SH zu
3 spiegeln und regelmäßige Rückmeldungen aller interessierter Mitglieder an unsere Mitglieder in den
4 Kommissionen sicherzustellen. Im Verlauf der Arbeitszeit der Kommissionen soll zu jedem Thema je
5 zweimal ein für alle Mitglieder offenes Forum mit Vorstellung der Diskussionsstände und
6 Übermittlung von Anregungen stattfinden. Der Vorstand bestimmt eine Forumsleitung, die die
7 Sitzungen leitet und die Berücksichtigung der Forumsergebnisse im Auge behält. Das Ergebnis der
8 Kommissionsarbeit wird vor dem beschlussfassenden Landesparteitag auf einer LaKo diskutiert und
9 auf seine Eignung untersucht.

10 **Begründung:**

11 Die Erneuerung der SPD SH ist notwendig. Sie darf nicht verschleppt werden oder in komplexen
12 Strukturen versanden. Die Arbeit der Erneuerungskommissionen darf daher nicht im abgetrennten
13 Raum stattfinden, sondern muss bestmöglich an die Vorstellungen der gesamten Mitgliedschaft
14 angebunden sein.

15

OR4: Unabhängigkeit und Transparenz ausbauen

Antragssteller: Kreisverband Kiel

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 Die Landeskonzferenz möge beschließen:

2 Die Jusos SH fordern, dass das Organisationsstatut der SPD um ein Verbot der Annahme von Spenden
3 außer von natürlichen Personen ergänzt wird. Sachspenden im Bagatellbereich bis 100€ bleiben davon
4 ausgenommen. Bis zu einer parteieinheitlichen Regelung soll der Landesparteitag dies für den LV SH
5 beschließen.

6 **Begründung:**

7 Grundsätzlich, aber insbesondere auch in Zeiten wachsender Parteienablehnung, sollte der Vorwurf
8 der Käuflichkeit von Politik durch Unternehmen und Interessenverbände durch die SPD
9 ausgeschlossen werden. Die Kieler SPD verzichtet seit über 40 Jahren erfolgreich auf derartige
10 Spenden und konnte so Unabhängigkeit und Transparenz besonders fördern.

11

OR5: Mit gutem Beispiel voran gehen

– Englische Beitrittserklärungen einführen

Antragssteller: Kreisverband Dithmarschen

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 Die Landeskonzferenz der Jusos Schleswig-Holstein möge beschließen:

2 Die SPD-Bundesgeschäftsstelle wird dazu aufgefordert eine englischsprachige Beitrittserklärung für
3 die SPD und die Jusos anzufertigen und auch online zur Verfügung zu stellen.

4 **Begründung:**

5 Als internationalistischer Verband sind wir der Meinung, dass die Beherrschung der deutschen
6 Sprache sowie der Wohnort kein Kriterium für die Mitgliedschaft in unserer Partei ist.

7 Um Menschen in Deutschland die (noch) nicht die deutsche Sprache beherrschen, sowie Bürgerinnen
8 und Bürger außerhalb Deutschlands eine Mitgliedschaft in der SPD oder bei den Jusos zu ermöglichen
9 muss eine barrierefreie Möglichkeit zum Beitritt geschaffen werden

OR6: Fähigkeit zum Wandel sicherstellen

Antragsteller: Kreisverband Kiel

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:

2 Die Jusos SH fordern zum Landesparteitag im November die Änderung der Satzung des
3 Landesverbands mit der Zielsetzung einer Begrenzung der Amtszeiten von Landes- und
4 Kreisvorsitzenden sowie ihren Stellvertreterinnen und Stellvertretern auf max. 10 Jahre.

5 **Begründung:**

6 Als progressive Partei muss sich die SPD immer auch selbst verändern, um neue Ideen entwickeln zu
7 können. Die beste Garantie für steten Wandel des Denkens ist der Wechsel der handelnden Akteure.
8 Oder wie Willy Brandt sagen würde: „Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum
9 — besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer
10 Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“

OR7: Trennung vom Amt und Mandat

Antragsteller: Kreisverband Kiel

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 Die Jusos Schleswig-Holstein mögen beschließen:

2 Die Jusos Schleswig-Holstein fordern den Landesvorstand der SPD Schleswig-Holstein auf, die
3 personelle Trennung von Parteiämtern und politischen Mandaten ab Landesebene in der Satzung der
4 SPD-Schleswig-Holstein festzuhalten.

5 **Begründung:**

6 Um eine wirkliche und nachhaltige Erneuerung der SPD zu erreichen und um die Parteiarbeit stärker
7 für die Basismitglieder zu öffnen, ist es wichtig die Entscheidungsfindung innerhalb der Partei auf
8 mehrere Schultern zu verteilen und diese weniger zentralistisch zu gestalten. Daher sollen Mitglieder,
9 welche bereits im Rahmen von politischen Mandaten wie einer Regierungsangehörigkeit oder der
10 Mitgliedschaft in der Landtagsfraktion politische Gestaltungsmöglichkeiten haben, nicht auch noch
11 innerparteiliche Ämter ausfüllen, sondern hier vielmehr Basismitgliedern den Vortritt lassen. Sie
12 sollen allenfalls beratend zur Seite stehen. Dies ermöglicht der Parteibasis größere Anreize und
13 Möglichkeiten selbst ihre Partei mitzugestalten und sich vor allem mit Parteireformen und neuen
14 inhaltlichen Ansätzen auch unabhängig von einer Regierungstätigkeit der SPD zu beschäftigen. Durch
15 eine größere Basisnähe der Partei kann nicht zuletzt auch die Wahrnehmung von gesellschaftlichen
16 Problemen und politischen Handlungsbedarf vergrößert werden.

OR8: Belebende Strukturen

Antragsteller: Kreisverband Rendsburg-Eckernförde

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

- 1 Die Landeskonferenz der Jusos-Schleswig-Holstein möge beschließen:
- 2 Die Jusos Schleswig-Holstein setzen sich in den Gremien der SPD dafür ein und fordern diese dazu
- 3 auf, das Organisationsstatut bzw. die Wahlordnung der SPD dahingehend zu ändern, dass
 - 4 1. die stimmberechtigten Mitglieder des Parteivorstands jedenfalls nicht qua Amt
 - 5 stimmberechtigte Mitglieder des Bundesparteitags sind,
 - 6
 - 7 2. die stimmberechtigten Mitglieder des Parteivorstands jedenfalls nicht qua Amt
 - 8 stimmberechtigte Mitglieder des Parteikonvents sind,
 - 9
 - 10 3. vergleichbare Regeln analog für die Landesverbände und Bezirke gelten,
 - 11
 - 12 4. die stellvertretenden Parteivorsitzenden in einer Listenwahl gewählt werden,
 - 13
 - 14 5. nicht mehr die Möglichkeit besteht, per Satzung für die Wahl stellvertretender Vorsitzender
 - 15 eine Einzelwahl vorzusehen und
 - 16
 - 17 6. festgelegt wird, dass
 - 18 a) zumindest ein Drittel der Mitglieder des Parteivorstandes bzw. der Landes- und
 - 19 Bezirksvorstände sowie des Präsidiums nicht Mitglieder der Europäischen Kommission, der
 - 20 Bundes- oder einer Landesregierung bzw. des Bundestages, eines Landtages oder des
 - 21 Europäischen Parlaments sein dürfen,
 - 22 b) der jeweilige Vorstand dem ihn legitimierenden Gremium keine Personalvorschläge
 - 23 unterbreiten darf,
 - 24 c) Antragskommissionen auf Landesparteitagen keine Beschlussempfehlungen abgeben dürfen,

- 25 d) die Mitglieder der Antragskommission des Bundesparteitags von den jeweiligen
26 Landesparteitagen gewählt werden und nicht Mandatsträger*innen im Sinne des Nr. 6 a) bzw.
27 stimmberechtigte Bundes-, Landes- oder Bezirksvorstandsmitglieder sein dürfen und
28 e) für den Parteivorstand und die Landesvorstände eine Jugendquote von 20% gilt.

29 Der Landesvorstand stellt hierzu auch einen Antrag zum kommenden Bundeskongress der Jusos.

30 **Begründung:**

31 Bundesparteitag und Parteikonvent dienen der Repräsentation der Parteimitglieder; diese
32 Repräsentation wird über das Delegiertenprinzip gewährleistet. Eine Mitgliedschaft des
33 Parteivorstandes durchbricht dieses System ohne Not und Sinn. Vielmehr ist es gerade auch Aufgabe
34 diese Gremien, die Arbeit des Parteivorstandes zu kontrollieren.

35 Die Vorteile einer Listenwahl liegen darin, dass eine Quotierung möglich ist und Kandidaturen bei
36 einer Bewerber*innenzahl, die die Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden übersteigt, nicht als
37 explizite Gegenkandidaturen gegen einen bestimmten anderen Vorschlag erfolgen müssen. Eine solche
38 Regelung begünstigt folglich Gegenkandidaturen und belebt dadurch die innerparteiliche Demokratie.

39 Die SPD ist als politische Partei auf allen politischen Ebenen aktiv. Dies sollte sich auch im
40 Parteivorstand widerspiegeln. Jedoch haben es Berufspolitiker*innen aufgrund ihrer größeren
41 Bekanntheit tendenziell leichter, sich hierfür wählen zu lassen. Um dem entgegenzuwirken, ist eine
42 solche Regelung sinnvoll.

43 Insgesamt wollen wir dahin kommen, dass Demokratie auch in der Partei gelebt wird. Jede Wahl, bei
44 der nur eine Person kandidiert, hat von vorn herein eine Verliererin: die Demokratie. Wir müssen
45 endlich davon wegkommen, dass in Personaldebatten die Autorität des Vorschlagenden das größte
46 Argument für die Wahl ist!

47 Gleiches muss auch für Sachentscheidungen aller Art gelten. Beschlussfassendes Gremium ist der
48 jeweilige Parteitag, der sich nach geordneten und basisdemokratischen Gesichtspunkten
49 zusammensetzt. Nicht in Abrede lässt sich dabei stellen, dass der Zahl der zu treffenden
50 Entscheidungen häufig nicht im wünschenswerten Umfang Zeit auf der jeweiligen Veranstaltung
51 entgegensteht. Folglich ist es, jedenfalls bei Landes- und umso mehr bei Bundesparteitagen
52 unumgänglich, dass ein Hilfs-gremium vorab unterstützend und Vorbereitend tätig wird. Jedoch geht
53 mit einer Vorbereitung immer auch die Gefahr einer Einflussnahme einher. Diese gilt es wirksam zu
54 bekämpfen. Das schärfste und offensichtlichste Mittel dieser Einflussnahme ist wohl eine direkte
55 Beschlussempfehlung seitens der vorbereitenden Antragskommission. Diese mag sich für
56 Bundesparteitage in Anbetracht der Fülle an zu treffenden Entscheidungen noch rechtfertigen lassen,
57 nicht jedoch auf Landesebene. Hier gehören Beschlussempfehlungen abgeschafft. Auf Bundesebene ist
58 jedenfalls durch die Vorgabe entsprechender Regeln die Zusammensetzung derart vorzugeben, dass
59 eine unabhängige und demokratische Vorbereitung erfolgt, die sich auf das Maß des zwingend
60 erforderlichen beschränkt.

61 Selbstverständlich kann die Landeskonferenz der Jusos Schleswig-Holstein diese Veränderungen nicht
62 selbst vornehmen. Umso wichtiger ist es daher, dass wir dahingehende Impulse auf höhere Ebenen
63 tragen. Dies ist jedenfalls der Juso-Bundeskongress. Zusätzlich auch vorstellbar wären entsprechende
64 Forderungen in den Kommissionen und ein entsprechender Antrag zum Landesparteitag.

OR9: Mehr Themenvielfalt wagen

Antragsteller: Kreisverband Steinburg

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

- 1 *Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:*
- 2 Wir fordern den Landesvorstand der Jusos auf einen Leitfaden für die Erstellung von Anträgen und
- 3 Resolutionen zu erstellen, der die Anträge auf ein Thema mit klar formulierten Forderungen begrenzt
- 4 und eine Gliederung in Forderung und Begründungstext vorschreibt.
- 5 Anträge, die diesem Leitfaden nicht entsprechen sollen gar nicht erst zur Landeskonferenz zugelassen
- 6 werden.
- 7 Leitanträge sind zu definieren und dürfen nur vom Landesvorstand und einzelnen Kreisverbänden
- 8 nach Überweisung durch den Landesausschuss zu allen KV's, sowie von für den Landesvorstand
- 9 Kandidierenden zu ordentlichen Landeskonferenzen zugelassen werden.
- 10 **Begründung:**
- 11 Wir Jusos sind ein lebendiger und vielfältiger Verband, das zeichnet uns aus und grenzt uns von
- 12 anderen politischen Jugendorganisationen ab.
- 13 Diese Vielfalt zeigt sich bei allen Seminaren und Lagerfeuern, nur leider nicht bei Landeskonferenzen.
- 14 Grund hierfür sind ellenlange Anträge mit vielen verschiedenen Themen. Die Forderungen sind hier
- 15 oft noch im Fließtext mit der Begründung vermischt, so dass man nicht genau weiß was eigentlich
- 16 beschlossen werden soll.
- 17 Die Folge sind teils fast ebenso lange Listen mit Änderungsanträgen von einigen Kreisverbänden,
- 18 während sich andere die Arbeit nicht mehr machen und gleich auf Ablehnung oder Überweisung an
- 19 den Landesvorstand plädieren.
- 20 Ein Zustand der weder der Arbeit der Kreisverbände, die solche Anträge schreiben gerecht wird noch
- 21 unserer geliebten Themenvielfalt.
- 22 Denn auch diese leidet unter solchen Anträgen. Stellt ein Kreisverband einen solchen Antrag und wird
- 23 der Antrag auf Überweisung an den Landesvorstand abgelehnt müssen in der Folge sämtliche
- 24 Änderungsanträge beraten werden. Dies kann, je nach Länge des ursprünglichen Antrags, mehrere
- 25 Stunden und unter Umständen eine ganze Landeskonferenz in Anspruch nehmen. Wir lebhaften und
- 26 vielfältigen Jusos diskutieren also mehrere Stunden lang ausschließlich über die Visionen und Ideen
- 27 der Antragssteller.
- 28 In der Konsequenz ist keine Zeit mehr für die Anträge anderer Kreisverbände, so dass deren Visionen
- 29 keine Beachtung mehr finden.

- 30 Wir können nun also wie die SPD unsere Landeskonferenzen auf einen weiteren Tag ausdehnen oder
31 wir machen es besser und strukturieren unsere Anträge so, dass eine schnellere Beratung möglich ist
32 und damit mehr Kreisverbände Gehör finden.
- 33 Dies wird nicht nur unsere inhaltliche Arbeit produktiver sondern auch die Landeskonferenzen noch
34 vielfältiger und interessanter gestalten.

OR10: Redezeit für Gastredner beschränken

Antragsteller: Kreisverband Steinburg

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

- 1 *Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:*
- 2 Wir fordern den Landesvorstand der Jusos auf die Redezeit für Gastredner bei Landeskonferenzen auf
3 maximal 15 Minuten zu beschränken.
- 4 **Begründung:**
- 5 Unsere Landeskonferenzen sind zur inhaltlichen Arbeit gedacht. Während der Antragsberatung haben
6 wir unsere eigene Redezeit bereits begrenzt, Gastredner können aber nach wie vor uneingeschränkt
7 sprechen.
- 8 Dies beschränkt unsere Zeit bei der anschließenden inhaltlichen Arbeit.

Recht, Inneres, Kommunales

R1		S. 44
	Beratung ist keine Verbrechen <i>Kreisverband Lübeck</i>	
R2		S. 44
	Steuerschlupfloch bei der Grunderwerbssteuer stopfen <i>Kreisverband Dithmarschen</i>	
R3		S. 45
	Steuerbetrug wirksam bekämpfen <i>Kreisverband Schleswig-Flensburg</i>	
R4		S. 46
	Anonymes Bewerbungsverfahren <i>Kreisverband Kiel</i>	
R5		S. 46
	Strafe für Nichtanerkennung der Bundesrepublik <i>Kreisverband Steinburg</i>	

R1: Beratung ist kein Verbrechen

Antragsteller: Kreisverband Lübeck

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 Die Landeskonzferenz möge beschließen:

2 Die Jusos Schleswig-Holstein fordern die SPD Bundestagsfraktion dazu auf, im Bundestag die
3 ersatzlose Streichung des Paragraphen 219a „Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft“ aus
4 dem Strafgesetzbuch zu beantragen.

5

6 **Begründung:**

7 Paragraph 219a verbietet es Ärzten angemessen darüber zu informieren, dass sie
8 Schwangerschaftsabbrüche anbieten. Frauen, die der Situation ausgesetzt sind, einen
9 Schwangerschaftsabbruch für sich in Erwägung zu ziehen, wird der Zugang zu Informationen damit
10 unnötig erschwert und damit auch die Entscheidungsfindung in einer ohnehin schon schwer zu
11 ertragenden Situation. Dass die durch den Paragraphen geschaffene bisherige Kontrolle der
12 Informationsangebote durch den Staat rechtlich fragwürdig ist, verdeutlicht ein Zitat des
13 Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2006:

14 „Wenn die Rechtsordnung Wege zur Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen durch Ärzte
15 eröffnet, muss es dem Arzt auch ohne negative Folgen möglich sein, darauf hinzuweisen, dass
16 Patientinnen seine Dienste in Anspruch nehmen können.“

17 Der Paragraph 219a, der ursprünglich auf die NS-Regierung des Jahres 1933 zurückgeht, welche
18 damals die Deutungshoheit über den Wert des Lebens für sich beansprucht hat, während weibliche
19 Selbstbestimmung ihnen gleich war, ist im Jahr 2018 bereits seit mehreren Jahrzehnten nicht mehr
20 zeitgemäß und gehört ersatzlos aus dem Strafgesetzbuch gestrichen.

21 Alleine aus Rücksichtnahme auf einen reaktionären Koalitionspartner sollte diese notwendige
22 Änderungsmaßnahme nicht weiter aufgeschoben werden.

R2: Steuerschlupfloch bei der Grunderwerbsteuer stopfen

Antragsteller: Kreisverband Dithmarschen

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

- 1 Die Landeskonzferenz möge beschließen:
- 2 Die Jusos Schleswig-Holstein fordern den Bundesvorstand der SPD, die Bundestagsfraktion der SPD
3 und die Landtagsfraktion der SPD dazu auf, die Umgehung der Grunderwerbsteuer (GrESt) durch
4 sogenannte „Share-Deals“ zu unterbinden.
- 5 Zukünftig soll die GrESt bereit ausgelöst werden, wenn eine Person beherrschender Gesellschafter
6 eines Unternehmens wird. Die GrESt soll dann im Verhältnis der erworbenen Anteile erhoben werden.
- 7 **Begründung:**
- 8 Bei den sogenannten „Share-Deals“ werden Immobilien nicht direkt verkauft. Stattdessen werden die
9 Immobilien im Betriebsvermögen einer juristischen Person gehalten, welche dann verkauft wird.
- 10 Dabei wird keine Grunderwerbsteuer ausgelöst, solange weniger als 95 % der Unternehmensanteile
11 gehalten werden.
- 12 Solche „Share-Deals“ rechnen sich aufgrund des hohen Aufwandes erst ab Kaufpreisen von ca. 15
13 Millionen Euro, weswegen sie sich für den Erwerb eines Einfamilienhauses oder einer Wohnung nicht
14 lohnen.
- 15 Der Begriff „beherrschender Gesellschafter“ ist ein im Steuerrecht bereits definierter Begriff, der sich
16 entsprechend auf die GrESt anwenden lässt.

R3: Steuerbetrug wirksam bekämpfen

Antragsteller: Kreisverband Schleswig-Flensburg

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

- 1 Die Landeskonzferenz möge beschließen, dass die SPD Fraktion auf Landes- und Bundesebene sich
2 verstärkt dafür einsetzen, dass die Finanzämter besser finanziert werden.
- 3 **Begründung:**
- 4 Eine Investition des Staates in die Finanzämter ist deswegen sinnvoll, da sich diese Investitionen
5 schnell refinanzieren. Mehr Geld für Finanzämter bedeutet nämlich mehr Mittel zur Bekämpfung von
6 Steuerkriminalität und Steuervermeidung, sowie für den Ankauf von Datenträgern mit Informationen
7 von Steuerhinterziehern, dadurch fließt mehr Geld in die Staatskassen.

R4: Anonymes Bewerbungsverfahren

Antragsteller: Kreisverband Kiel

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

Die Juso Landeskonferenz möge beschließen:

Der Juso-Landesvorstand setzt sich für einen Gesetzesvorschlag ein, der alle öffentlichen und privatrechtlich organisierten Unternehmen zu anonymisierten Bewerbungsverfahren verpflichtet. In Zukunft sollen alle Unternehmen ihre Bewerberinnen und Bewerber unabhängig von Bewerbungsfotos, Namen, Geschlecht, Herkunft, Alter und Wohnort bei ihrem Auswahlprozess beurteilen. Wir als Jusos wollen das Thema sowohl an die Landtagsfraktion, als auch an die Bundestagsfraktion herantragen damit in den entsprechenden Parlamenten eine Debatte zu dem Thema angeregt wird.

Begründung:

Es ist seit Jahren bekannt, dass auf dem Arbeitsmarkt eine Diskriminierung von Bewerberinnen und Bewerbern aufgrund von Geschlecht und Herkunft statt findet. Beispielsweise werden Bewerberinnen und Bewerber mit ausländisch klingenden Vor- und Nachnamen häufiger abgelehnt bzw. erhalten eine Sonderbehandlung im Vergleich zu anderen.

Ebenso häufig sind Frauen Opfer von Diskriminierung bei Personalentscheidungen, weil die Familienplanung, bzw. eine mögliche Schwangerschaft, Teil des Entscheidungsprozesses der Unternehmens ist.

Bestimmte soziale Gruppen werden entgegen jeder objektiven Logik vom Arbeitsmarkt zum Teil bevorzugt oder benachteiligt behandelt.

Bisherige Gesetze zur Bekämpfung der Diskriminierung wie das AGG (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz) sind nur unzureichend, da der Nachweis einer Andersbehandlung aufgrund von Diskriminierung nur schwer zu erbringen ist.

Wir wollen mit dieser Initiative den Arbeitsmarkt gerechter machen, Diskriminierung bekämpfen, und uns dafür einsetzen, dass die Beurteilung von Bewerberinnen und Bewerbern leistungsgerecht und nur anhand des objektiven Kriteriums der Qualifikation erfolgt!

R5: Strafe für Nichtanerkennung der Bundesrepublik

Antragsteller: Kreisverband Steinburg

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 *Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:*

2 Die Jusos S-H fordern die Genoss*innen in der Bundestagsfraktion auf und setzen sich selbst dafür
3 ein, die Schaffung eines neuen Straftatbestandes im StGB voranzutreiben, der die Gründung von oder
4 die Mitgliedschaft in Organisationen unter Strafe stellt, die sich zum Ziel gesetzt haben, die
5 Hoheitsrechte der Bundesrepublik Deutschland zu bestreiten oder sie sich selbst anzumaßen und die
6 staatlichen Organe der Bundesrepublik an der Wahrnehmung dieser Hoheitsrechte zu hindern. Als
7 Strafmaß kommen eine Geldstrafe oder eine geringe Haftstrafe in Betracht. Als Inspiration möge der
8 neue § 246a des österreichischen StGB (siehe unten, Begründung) dienen.

9 **Begründung:**

10 „Staatsfeindliche Bewegungen § 246a.

11 (1) Wer eine Bewegung gründet oder sich in einer solchen führend betätigt, die darauf ausgerichtet ist,
12 die Hoheitsrechte der Republik Österreich, der Bundesländer oder der Gemeinden und ihrer Organe
13 nicht anzuerkennen oder sich solche Hoheitsbefugnisse selbst anzumaßen und deren wenn auch nicht
14 ausschließlicher Zweck es ist, auf gesetzwidrige Weise die Vollziehung von Gesetzen, Verordnungen,
15 oder sonstigen Entscheidungen der Behörden zu verhindern, ist, wenn sich diese Ausrichtung in einer
16 Handlung gegenüber einer Behörde für diese eindeutig manifestiert hat, mit Freiheitsstrafe bis zu zwei
17 Jahren zu bestrafen.

18 (2) Wer an einer solchen Bewegung teilnimmt oder sie mit Geldmitteln oder sonst in erheblicher
19 Weise unterstützt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 720 Tagessätzen
20 zu bestrafen.

21 (3) Nach den vorstehenden Absätzen ist nur zu bestrafen, wer nicht nach einer anderen Bestimmung
22 mit strengerer Strafe bedroht ist.

23 (4) Eine Bewegung ist eine größere Zahl von Menschen, die auf die gleiche Gesinnung oder das
24 gleiche Ziel ausgerichtet ist.

25 (5) Nach Abs. 1 und 2 ist nicht zu bestrafen wer sich aus der Bewegung erkennbar zurückzieht, bevor
26 die Behörde von seinem Verschulden erfahren hat.“

27 In den letzten Jahren sind die „Reichsbürger“, eine Spielart von Rechtsextremen, die die
28 Bundesrepublik Deutschland für illegitim, ein Besatzungskonstrukt bzw. teilweise sogar für eine
29 GmbH halten, aufgrund deutlichen Zulaufs immer mehr in den Blick der Öffentlichkeit geraten.
30 Schätzungen gehen über 10.000 Mitgliedern im ganzen Bundesgebiet aus.² Reichsbürger erkennen die
31 BRD nicht an und fühlen sich an die Gesetze nicht gebunden, sie streben meistens eine Neuerrichtung
32 des Kaiserreiches oder des Dritten Reiches an oder versuchen durch Sezession eigene Staaten zu
33 gründen.³ Zuletzt gab es aus dieser Szene immer wieder gewalttätige Ausschreitungen, im April 2017
34 wurde ein Polizist von einem Reichsbürger ermordet⁴.

35 Nach den bestehenden Strafgesetzen können Reichsbürger, bevor sie Gewalttaten begehen oder sich
36 sonstiger Straftaten schuldig machen, nur belangt werden, wenn sie ihre Organisationen explizit mit
37 dem Ziel der Begehung von Straftaten gründen, die mit Freiheitsstrafe von zwei Jahren im Höchstmaß

² <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/verfassungsschutz-rund-10-000-reichsbuerger-in-deutschland/19302190.html>

³ <http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/kriminalitaet/die-gefahr-der-reichsbuerger-szene-14427892.html>

⁴ <http://www.n-tv.de/politik/Reichsbuerger-wegen-Mordes-angeklagt-article19780303.html>

38 bedroht sind (§ 129 I StGB). Solange sie aber nur ihre verschwörungstheoretische Propaganda
39 verbreiten und den Staat leugnen, droht ihnen keine Strafe. Dies trägt nicht nur zu ungehemmtem
40 Wachstum der Szene und zur gewaltbereiten Radikalisierung der bereits Rekrutierten bei, die lange
41 völlig straflos bleiben können.

42 Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar. Wenn wir Rechtsextremismus wirksam bekämpfen wollen,
43 müssen wir auf diese neue Erscheinungsform reagieren. Daher sollte Deutschland sich ein Beispiel an
44 der letzten sozialdemokratisch geführten Großen Koalition in Österreich nehmen, die vergangenes
45 Jahr den obigen Straftatbestand, der explizit auf Reichsbürger zugeschnitten ist, eingeführt hat.

Sozialpolitik

S1	Ein Verband für alle – Inklusion bei den Jusos stärken <i>AG Inklusion (Landesvorstand)</i>	S. 50
S2	Ausnahmeregelung bei Vermögensfreibetrag im Bafög-Gesetz <i>Kreisverband Kiel</i>	S. 57
S3	Solidarität! <i>Kreisverband Rendsburg-Eckernförde</i>	S. 59
S4	Politische Teilhabe von Menschen mit Behinderung unterstützen <i>Kreisverband Kiel</i>	S. 60
S5	Prävention zum Schutz von Eltern und Kindern <i>Kreisverbände Steinburg und Stormarn</i>	S. 61

S1: Ein Verband für alle - Inklusion bei den Jusos Schleswig-Holstein stärken

Antragsteller: AG Inklusion (Landesvorstand)

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 Der Juso-Landesverband Schleswig-Holstein wird soweit möglich die nachfolgend genannten
2 Maßnahmen bei allen Veranstaltungen, Sitzungen, sowie im alltäglichen Verbandsleben umsetzen. Für
3 die Juso-Kreisverbände in Schleswig-Holstein stehen die nachfolgenden Maßnahmen als Leitlinien für
4 einen inklusiven Kreisverband.

5 Der Antrag bezieht sich auf die folgenden Bereiche:

- 6 1. Kommunikation
- 7 2. Umgang miteinander
- 8 3. Sitzungsgestaltung- und vorbereitung
- 9 4. Öffentlichkeitsarbeit

10

11 **1. Kommunikation**

- 12 • *Wie können Informationen und Diskussionen verständlich gestaltet werden?*

13 **Sofortmaßnahmen**

- 14 • Einfache, verständliche Sprache nutzen
- 15 • Auf Fremdwörter verzichten
- 16 • Fachbegriffe und Abkürzungen erklären

17 **Weitere Maßnahmen**

- 18 • Fragesteller*in etablieren (Teilnehmer einer Veranstaltung erinnert bei schwer verständlichen
19 Wörtern an Erklärung für alle)
- 20 • Teilnahme an Schulung in einfacher Sprache

21 **Hinweis**

22 Vielen Menschen fällt es schwer, Diskussionen zu folgen oder Informationen aufzunehmen, wenn
23 viele Fremdwörter, Fachbegriffe und Abkürzungen genutzt werden. Auch die Verwendung von kurzen
24 Sätzen, einfachen Satzstrukturen und wenig Kommata ist wichtig.

25

26 • *Wie können Dokumente für alle barrierefrei zur Verfügung gestellt werden?*

27 **Sofortmaßnahmen**

28 • Dokumente immer digital zur Verfügung stellen

29 • Bilder/Grafiken beschreiben

30 • Dokumentvorlagen nutzen

31 • Barrierefreie Online-Inhalte (E-Mails als reiner Text, vorlesbare Homepages,...)

32 **Weitere Maßnahmen**

33 • Teilnahme an Schulung in barrierefreier Gestaltung von Dokumenten

34 **Hinweis**

35 Dokumentvorlagen (z.B. von Word) mit voreingestellten Überschriften helfen vor allem blinden
36 Menschen, sich im Dokument zu orientieren.

37 Barrierefreie E-Mails sind leicht umzusetzen, indem auf Bilder oder Grafiken möglichst verzichtet
38 wird, sollte dies nicht möglich sein, müssen diese beschrieben werden.

39 Websites werden bereits mit einfachen Maßnahmen barrierefreier. Man sollte Kontraste zwischen
40 Vorder- und Hintergrund möglichst stark gestalten.

41 Bilder sollten immer mit einem Alternativtext versehen sein, damit Menschen mit Sehbehinderung
42 sich diese vorlesen lassen können.

43

44 • *Wie können wir sicherstellen, dass jede*r alle Formen der Kommunikation versteht?*

45 **Sofortmaßnahmen**

46 • Handlungen/Bilder für blinde Menschen beschreiben

47 • Darauf achten, dass Sarkasmus, Ironie, etc. nicht immer für alle verständlich sind

48 **Weitere Maßnahmen**

49 • Gebärdensprachdolmetscher*innen

50

51 **Hinweis**

52 Gebärdensprachdolmetscher*innen kosten als Simultanübersetzung 75€ pro Stunde, zusätzlich zu den
53 Fahrtkosten. Jedoch ist der Staat bzw. das Land verpflichtet, die politische Teilhabe von Menschen mit
54 Behinderung immer sicherzustellen.

55

56 • *Wie können wir sicherstellen, dass sich niemand von der verwendeten Sprache diskriminiert
57 fühlt?*

58 **Sofortmaßnahmen**

- 59 • Verwendung von akzeptierten Begriffen für einzelne Gruppen
- 60 • Anlässe nutzen, über Sprache zu reden - Absicht und Verstehen von Sprache nicht immer
- 61 übereinstimmend

62 **Hinweis**

63 In der Regel ist ein Begriff dann akzeptiert, wenn er von der angesprochenen Gruppe selbst verwendet

64 wird.

65

66 **2. Umgang miteinander**

67

- 68 • *Wie können wir sicherstellen, dass niemand aufgrund von Vorurteilen ausgeschlossen wird?*

69 **Sofortmaßnahmen**

- 70 • Über Vorurteile sprechen
- 71 • Informationen zum Umgang miteinander verbreiten

72

- 73 • *Wie können wir am einfachsten vermitteln, dass wir jede*n, der*die Bedarf hat unterstützen?*

74 **Sofortmaßnahmen**

- 75 • Ansprechpartner*in, an die sich alle vertraulich wenden können (vor Veranstaltungen für alle
- 76 ersichtlich benennen)
- 77 • Botschaft "Unterstützung brauchen alle mal."

78 **Hinweis**

79 Vielen Menschen fällt es schwer auf den eigenen Unterstützungsbedarf hinzuweisen, daher ist es

80 wichtig, dies so einfach und normal wie wichtig zu gestalten.

81

- 82 • *Wie können wir sicherstellen, dass Konflikte und Störungen immer schnell und für alle*
- 83 *Beteiligten sinnvoll gelöst werden?*

84 **Sofortmaßnahmen**

- 85 • Störungen/Konflikte dürfen kurzfristig angezeigt werden
- 86 • Störungen/Konflikte werden vorrangig besprochen
- 87 • Botschaft "Gefühle sind immer richtig"

88 **Weitere Maßnahmen**

- 89 • Entwicklung einer lösungsorientierten Streitkultur

90 **Hinweis**

91 Es fällt oft einfacher Störungen oder Konflikte anzuzeigen, wenn man ein klares Zeichen dafür
92 vereinbart hat. Außerdem fällt es einfacher Störungen oder Konflikte zu besprechen, wenn es eine*n
93 feste*n Ansprechpartner*in gibt.

94

- 95 • *Wie können wir sicherstellen, dass alle berücksichtigt werden und auf alle geachtet wird?*

96 **Sofortmaßnahmen**

- 97 • Vorbildfunktion der Leitung
98 • Offenes Ansprechen
99 • Regelmäßige Reflektion

100 **Weitere Maßnahmen**

- 101 • Teilnahme an Schulung in Achtsamkeit

102

103 **3. Sitzungsgestaltung und -vorbereitung**

104

- 105 • *Wie können wir eine Sitzung vorbereiten, sodass niemand Probleme hat teilzunehmen oder ihr
106 zu folgen?*

107 **Sofortmaßnahmen**

- 108 • Unterlagen mindestens eine Woche vor der Veranstaltung verschicken, sodass
109 • alle die Möglichkeit haben, sie zu lesen und zu verstehen
110 • Möglichst viel schriftlich (und digital) vorbereiten (Berichte, Anträge, ...)
111 • Barrierefreie Räumlichkeiten finden

112 **Weitere Maßnahmen**

- 113 • Verhaltensregeln für Sitzungen schaffen (gut sichtbar aufhängen)
114 • Vorbereitungstreffen ermöglichen, in denen Verständnisfragen gestellt werden können

115 **Hinweis**

116 Vielen Menschen fällt es leichter, an einer Veranstaltung teilzunehmen, wenn sie vorher die
117 Möglichkeit haben, sich auf alles ausreichend vorzubereiten.

118 Fragt euch bei Räumlichkeiten, ob diese mögliche Barrieren haben, z.B. Treppen, enge Eingänge,
119 komplizierte Wege zu sanitären Anlagen, behindertengerechte Sanitäranlagen, keine Drehtüren, gute
120 Ausleuchtung, Kontraste auf Glastüren und -wänden.

121

- 122 • *Wie können wir Sitzungen so strukturieren, dass alle folgen können und sich auf jeden Punkt*
123 *vorbereiten können?*

124 **Sofortmaßnahmen**

- 125 • Tagesordnung strukturieren (Themensprünge vermeiden)
- 126 • Tagesordnung in verständlicher Sprache (mit klaren Erwartungen an die
127 Tagesordnungspunkte)
- 128 • Zeit-Plan für Sitzung (wie lange soll jeder Punkt dauern)

129 **Hinweis**

130 Vielen Menschen fällt es leichter, sich auf eine Veranstaltung zu konzentrieren und vorzubereiten,
131 wenn diese zeitlich klar strukturiert sind. Themensprünge sorgen leicht für Verwirrung.

132

- 133 • *Wie können wir sicherstellen, dass alle bei einer Diskussion mitdenken und mitmachen können*
134 *und zum Schluss mit demselben Ergebnis enden?*

135 **Sofortmaßnahmen**

- 136 • Moderation achtet darauf, dass nur zum aktuellen Thema gesprochen wird
- 137 • Moderation achtet darauf, dass alle aussprechen können
- 138 • Bei längerer Diskussion Zwischenfazit festhalten
- 139 • Am Ende eine Zusammenfassung der Diskussion geben, damit alle das gleiche Ergebnis haben

140

- 141 • *Wie können wir sicherstellen, dass jede*r weiß mit wem er*sie bei einer*
142 *Veranstaltung/Diskussion redet?*

143 Vorstellungsrunde

144 Erklärung von Ämtern und Funktionen

145 Namensschilder

146 Vor Redebeitrag Namen nennen (besonders wichtig für blinde Menschen)

147 **Weitere Maßnahmen**

148 In möglichem Vorbereitungstreffen klären, wer kommt und, wer für was zuständig

149 Ist

150 **Hinweis**

151 Vielen Menschen fällt es leichter, sich an einer Diskussion zu beteiligen, wenn sie wissen, wer die
152 Diskussionspartner*innen sind und wie diese anzusprechen sind.

153

- 154 • *Wie können wir sicherstellen, dass alle ihre Meinung darstellen können?*

155 **Sofortmaßnahmen**

156 Redezeit beschränken

157 Quotierte Redelisten

158 Schriftliche Vorbereitung zu einzelnen Punkten (Berichte, etc.)

159

- 160 • *Wie können wir sicherstellen, dass jede*r die Diskussion versteht und daran teilhaben kann?*

161 **Sofortmaßnahmen**

162 Möglichst spontane Anträge oder Entscheidungen verhindern, zuvor Pause

163 einlegen

164 Komplizierte Zusammenhänge erklären

165 Fragesteller*in benennen, der/die bei unverständlicher Ausführung eines

166 Punktes für alle nachfragt

167 **Weitere Maßnahmen**

168 Kultur des Fragestellens etablieren

169 Mögliche Fragen in Vorbereitungstreffen klären

170

- 171 • *Wie können wir herausfinden, was wir in Zukunft noch ändern müssen?*

172 **Sofortmaßnahmen**

173 Feedback-Runde am Ende

174 Kummerkasten

175

- 176 • *Wie können wir verhindern, dass einige Menschen sich aufgrund von Zeitdruck unwohl und
177 ausgeschlossen fühlen?*

178 **Sofortmaßnahmen**

179 Zeitdruck zum Thema machen, nicht einfach akzeptieren

180 Prioritäten setzen, ggf. Themen verschieben

181 Zeitmanagement (Schwerpunkte vor Sitzungen setzen)

182 Dauer pro Punkt beschließen

183 **Weitere Maßnahmen**

184 Politische Grundsätze für Themen festlegen, um zu vermeiden, dass über

185 Dieselbe Frage immer wieder diskutiert wird

186 **Hinweis**

187 Viele Menschen fühlen sich unwohl, wenn Zeitdruck entsteht. Dies erzeugt ein Gefühl der Bedrängnis.

188

189 **4. Öffentlichkeitsarbeit**

190

- 191 • *Wie können wir sicherstellen, dass alle unser Infomaterial verstehen?*

192 **Sofortmaßnahmen**

193 Zusammenfassung von langen Texten

194 Position in Stichworten zusammenfassen

195 **Weitere Maßnahmen**

196 Ggf. Infomaterial in Blindenschrift anbieten

197 **Hinweis**

198 Es gibt eine Druckerei, die Material in Brailleschrift bedruckt.

199

- 200 • *Wie können wir sicherstellen, dass sich bei einem Gespräch niemand diskriminiert oder*
201 *minderwertig fühlt?*

202 **Sofortmaßnahmen**

203 Kommunikation auf Augenhöhe (z.B. am Infostand)

204 Diskriminierende Formulierungen vermeiden

205 Akzeptierte Begriffe nutzen

206

- 207 • *Wie können wir sicherstellen, dass jede*r von unseren Unterstützungsangeboten weiß?*

208 **Sofortmaßnahmen**

209 In allen Einladungen auf Angebote und Ansprechpersonen hinweisen

210 Bei allen Veranstaltungen auf Angebote und Ansprechpersonen hinweisen

211 **Hinweis**

212 Es ist sinnvoll eine Person als feste*n Ansprechpartner*in zu wählen auf den*die immer hingewiesen
213 werden kann.

214 Vielen Menschen fällt es schwer, nach Barrierefreiheit oder Unterstützung zu fragen, daher ist es
215 sinnvoll, dies von sich aus in allen Einladungen anzugeben.

216

- 217 • *Wie können wir sicherstellen, dass jede*r versteht, warum wir eine Maßnahme durchführen?*

218 **Sofortmaßnahmen**

219 Politische Bildung bedeutet auch über verschiedene Formen der Behinderung

220 aufzuklären

221 Erklären, wie einzelne Maßnahmen zur Inklusion beitragen

222

- 223 • *Wie können wir sicherstellen, dass unsere Öffentlichkeitsarbeit jede*n erreicht und für die
224 Zukunft optimiert wird?*

225 **Sofortmaßnahmen**

226 Im Team arbeiten, um unterschiedliche Anforderungen zu beachten

227 Feedback einholen

228

229 **Begründung:**

230 Erfolgt mündlich.

231

S2: Ausnahmeregelung bei Vermögensfreibetrag im Bafög-Gesetz

Antragssteller: Kreisverband Kiel

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 Die Jusos Schleswig-Holstein mögen beschließen:

2

3 Die Jusos Schleswig-Holstein fordern die SPD Bundestagsfraktion dazu auf sich dafür einzusetzen,
4 dass der Vermögensfreibetrag für Bafög-Antragstellende von 7.500€ gemäß §29, Abs. 1 des Bafög-
5 Gesetzes aufgehoben wird, falls die antragstellende Person zuvor eine betriebliche oder schulische
6 Ausbildung abgeschlossen oder anderweitig vor der förderungsfähigen Ausbildung mindestens zwei
7 Jahre sozialversicherungspflichtig gearbeitet hat und sich somit das Vermögen selbst erarbeitet hat.

8 **Begründung:**

9 Seit 2016 liegt der Freibetrag für Vermögen von Bafög-Beziehenden gemäß §29, Abs. 1 des Bafög-
10 Gesetzes bei 7.500€ für ledige Personen. Wird dieser Vermögenswert überschritten, kann die
11 antragstellende Person keine Ausbildungsförderung beziehen.

12 Grundsätzlich ist es dabei richtig, dass Personen mit geringerem Vermögen eher gefördert werden als
13 welche mit höherem. Jedoch muss differenziert werden wie dieses Vermögen zustande gekommen ist.
14 Hat die Person ihr Vermögen etwa vererbt oder geschenkt bekommen, also ohne eigene Leistung
15 erhalten, ist ein Ausschluss von der Ausbildungsförderung durchaus gerecht. Hat sie sich dieses
16 Vermögen hingegen vor dem Erststudium selbst durch eine Ausbildung oder ein anderweitiges
17 Arbeitsverhältnis erarbeitet, ist ein Ausschluss von der Förderung eher ungerecht. Möglicherweise hat
18 die antragstellende Person das Einkommen aus ihrer Ausbildung bzw. Arbeit gezielt gespart, um
19 beispielsweise später ein Unternehmen zu gründen oder Geld für die Familienplanung oder
20 Altersvorsorge zurückzulegen. Wird die Person nun jedoch vom Bafög-Bezug ausgeschlossen und
21 kann auch nicht durch Eltern oder Verwandten unterstützt werden, muss sie ihr Vermögen zunächst
22 einmal für den Lebensunterhalt während des Studiums verbrauchen, was den langfristigen finanziellen
23 Planungsspielraum einschränkt.

24 Gerechter wäre es jedoch selbst erarbeitetes Vermögen bei jungen Menschen zu belassen und es
25 vielmehr als Investitionskapital für die Gestaltung ihrer eigenen Zukunft zu betrachten. Gerade in
26 Zeiten von unsicheren und prekären Arbeitsverhältnissen für viele junge Menschen nach ihrer
27 Ausbildung bietet eigenes Vermögen dabei Sicherheit für den weiteren Lebensweg.

28 Zudem ist es ein Anspruch von uns Sozialdemokrat*Innen, dass Bildung bis ins Studium kostenfrei
29 sein muss. Muss eine Person aber ihr selbst erarbeitetes Vermögen für ihren Lebensunterhalt im
30 Studium aufbringen, ist es praktisch so als müsste sie für dieses Studium bezahlen.

31 Im Sinne der Leistungsgerechtigkeit sollten deshalb Bafög-Antragsteller*Innen, welche vor dem
32 Studium ein Vermögen über der Freibetragsgrenze durch eine Ausbildung oder Arbeit aufgebaut
33 haben, die Möglichkeit bekommen diesen Sonderfall in ihrem Bafög-Antrag kenntlich zu machen und
34 vom Freibetrag ausgenommen zu werden.

35 Da die Anzahl Bafög-Bezieher*Innen laut dem letzten Bafög-Bericht der Bundesregierung zwischen
36 2012 und 2016 um 17% gesunken sind, wäre zudem auch finanzieller Spielraum vorhanden, um den
37 Personenkreis der Bafög-Berechtigten durch diese Regelung zu vergrößern.

38

S3: Solidarität!

Antragssteller: Kreisverband Rendsburg-Eckernförde

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 Die Landeskonzferenz der Jusos Schleswig-Holstein möge beschließen:

2 In den vergangenen Jahren konnten wir Zeugen einer traurigen Entwicklung werden. Während es noch
3 2015 angesichts 100.000er, die unserer Hilfe bedurften, auf breite Zustimmung stieß, dass unsere
4 Regierung Haltung zeigte, verkämpfen wir uns mittlerweile nur noch dabei, in Rückzugsgefechten, die
5 Reste dessen zu bewahren, was einst eine humanitäre und solidarische Politik war. Die Debatte
6 bestimmen längst andere. Mit ihrem Hass nähren sie die blinde Panik, auf denen ihre Lügen wurzeln.
7 Auf der Welle der Angst sind sie bis in den Bundestag gelangt.

8 Und unsere Antwort auf diese irrationalen Ängste, unser Konzept, diejenigen zurückzugewinnen, die
9 sich in die Irre leiten ließen, haben wir mit einer Zustimmung von fast zweidritteln Anfang des Jahres
10 auch beschlossen: Auch wir laufen jetzt diesen Ängsten hinterher. Dabei muss jedem klar sein, dass,
11 wer versucht irrationale Ängste zu bekämpfen, dies nicht dadurch erreichen kann, das Objekt der
12 Angst zu bekämpfen. Daraus folgt lediglich die vermeidliche Bestätigung, dass es etwas zu bekämpfen
13 gäbe.

14 Bekämpfen lässt sie sich nur durch Aufklärung, dadurch, dass man aufzeigt, wie es anders geht und
15 den Lügen die eigene Vision einer gerechten Welt entgegensetzt. Lasst uns also klar Position im Sinne
16 unserer Grundwerte beziehen, zeigt schließlich schon die Absurdität der aktuellen Debatten häufig auf,
17 wo die Probleme liegen.

18 Wenn es darum geht, durch eine Aussetzung des Familiennachzugs für „subsidiär Schutzberechtigte“
19 endgültig ein willkürliches Mehrklassenasylrecht zu schaffen - wer subsidiär Schutzberechtigt ist, ist
20 nicht nur subsidiär bedroht –, zeigt es, dass der Fehler nicht erst in der Aussetzung, sondern bereits im
21 Asylrecht selbst liegt. Deshalb fordern wir:

22 • das Mehrklassenasylrecht zugunsten eines umfänglichen Grundrechts auf Asyl zu ersetzen,
23 das allen, denen in ihrem Herkunftsland Gefahr für Leben, Körper, Gesundheit oder Freiheit
24 droht, einen umfänglichen Schutz garantiert.

25 • Auch subsidiär Schutzberechtigten wieder uneingeschränkt den Familiennachzug zu
26 ermöglichen.

27 Wenn wir darüber diskutieren schnellst möglich gnadenlos abzuschieben, vergessen wir, dass die
28 Betroffenen Menschen sind, die sich nichts anderes zu Schulden haben kommen lassen, als für sich
29 und ihre Familien auf eine (bessere) Zukunft zu hoffen. Ein abgelehnter Asylbescheid ist keine
30 Straftat, eine Abschiebung ist häufig eine Abschiebung ins nichts, die Armut und Obdachlosigkeit.
31 Deshalb fordern wir:

32 • Die Abschaffung der Abschiebehaft.

33 • Einen dauerhaften Winterabschiebestopp.

34 Wenn wir uns über mangelnde Aufnahmebereitschaft der betroffenen Staaten beschweren, vergessen
35 wir, dass diese in der Regel nicht auf einen gefestigten Rechtsstaat und eine stabile Demokratie
36 zurückgreifen können, dass ihre Justizsysteme unter Mangel und Korruption leiden. Deshalb fordern
37 wir:

- 38 • Nicht länger Menschen aufgrund von begangenen Straftaten abzuschieben.
- 39 • Nicht länger Menschen als mögliche „Gefährder*innen“ abzuschieben.

40 Auch wenn wir noch so viele Menschen aufnehmen, sind wir als eines der reichsten Länder dieser
41 Erde in der Lage, dafür zu sorgen, dass es auch dem*der Schwächsten in unserer Gesellschaft weit
42 besser geht, als all jenen, die in anderen Ländern unter Krieg, Vertreibung, Hunger, Unterdrückung, ...
43 leiden. Jenen dennoch den Schutz zu versagen, bedeutet schlicht, dem Leben eines*r Deutschen einen
44 höheren Wert beizumessen als dem Leben anderer Menschen. Für uns muss aber klar sein: Solidarität
45 ist niemals eine Frage der Nationalität und kennt deshalb keine Obergrenzen. Unser Ziel muss eine
46 Welt sein, in der die Zufälligkeiten der Geburt nicht länger durch die Fiktion der Nationalität über
47 Schicksale zu bestimmen vermag! Deshalb fordern wir:

- 48 • Nicht länger Menschen nach Afghanistan oder in Staaten mit vergleichbarer Sicherheitslage
49 abzuschieben.
- 50 • Die Liste der „Sicheren Herkunftsstaaten“ nicht um Länder Nordafrikas oder anhand der
51 Ablehnungsquote von Asylanträgen zu erweitern.

52 **Begründung:**

53 Erfolgt mündlich.

54

S4: Politische Teilhabe von Menschen mit Behinderung unterstützen

Antragssteller: Kreisverband Kiel

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

- 1 Der Juso-Landesvorstand setzt sich dafür ein, dass das Land Schleswig-Holstein Fördermittel
- 2 bereitstellt für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung an politischen Veranstaltungen.

3 **Begründung:**

- 4 In der UN-Behindertenrechtskonvention ist festgeschrieben, dass Menschen mit Behinderung das
- 5 Recht auf die gleichberechtigte, umfassende Teilhabe und Wirksamkeit mit anderen am politischen
- 6 Leben haben.

- 7 Dies ist leider vor allem bei Jugendorganisationen kaum möglich, da die Kosten für barrierefreie
8 Veranstaltungen nicht zu tragen sind.
- 9 So liegt beispielsweise das Stundenhonorar bei Gebärdensprachdolmetschern zwischen 70€ und 75€,
10 ein mehrfacher Einsatz im Monat über mehrere Stunden erscheint so oftmals unmöglich.
- 11 Das Land steht jedoch in der Veranstaltung genau diese politische Partizipation zu ermöglichen, daher
12 sollten Fördermittel bereitstellen auf die die Organisatoren politischer Veranstaltungen zurückgreifen
13 können.
- 14

S5: Prävention zum Schutz von Eltern und Kindern

Antragssteller: Kreisverbände Steinburg und Stormarn

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

- 1 *Die Juso-Landeskonferenz möge beschließen:*
- 2 Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für einen
3 verpflichtenden Säuglingspflegekurs mit anschließenden Einzelgesprächen beider (werdender)
4 Elternteile mit einem Psychologen, Sozialpädagogen oder einer Hebamme einzusetzen.
- 5 Inhalt des Säuglingspflegekurses sollen der Umgang und die Pflege eines Kindes, Aufklärung zum
6 Thema „Schädliche Substanzen in der Schwangerschaft“ aber auch pädagogische Inhalte sein, der
7 zeitliche Rahmen soll mehr als einen Termin umfassen, ist aber von den genannten Expert_innen zu
8 bestimmen.
- 9 Neben den verpflichteten Säuglingspflegekurs soll sich die SPD Landtagsfraktion für mehr
10 Präventionsangebote einsetzen. Dazu ist es notwendig, dass Schülerinnen und Schüler in der Schule
11 schon frühzeitig in einem Informationsgespräch, durchgeführt von Hebammen, Gynäkologen und
12 anderen externen Expert_innen, zum einen über das richtige Verhalten in der Schwangerschaft sowie
13 Schwangerschaftsanzeichen und Möglichkeiten der Beratung im Falle einer Schwangerschaft
14 informiert, zum anderen Grundwissen der Kindererziehung vermittelt werden. Dieses
15 Informationsgespräch soll zusätzlich zu den bestehenden Unterrichtseinheiten zur Sexualkunde
16 durchgeführt werden.
- 17 **Begründung:**
- 18 2015 wurden in Deutschland 3441 Fälle von Kindesmisshandlung gemäß § 225 StGB erfasst, 2016
19 waren es 3621. Doch dies ist nur die Spitze des Eisberges, Experten rechnen mit einer hohen
20 Dunkelziffer und schätzen, dass alleine ca. 10-15% der Kinder in Deutschland Opfer von
21 schwerwiegenden und relativ häufigen Körperstrafen sind. Gelegentliche Schläge oder „leichtere“
22 Formen der Misshandlung sind hier nicht berücksichtigt.

23 Doch die seelischen und körperlichen Schäden aller Formen von Kindesmisshandlungen prägen die
24 Kinder oft ein Leben lang und legen den Grundstein für Suchtanfälligkeit und eine erhöhte
25 Gewaltbereitschaft. Dies kann in der Folge dazu führen, dass sich der Gewaltkreislauf von Generation
26 zu Generation fortsetzt. Zwar bedeutet Gewalt an Kindern nicht automatisch wieder Gewalt, doch die
27 Biographien von Gewalttätern lassen überdurchschnittlich oft auf eigene Gewalterfahrungen in der
28 Kindheit schließen.

29 Weiter leiden viele Opfer von Gewalt, so auch bei Kindesmisshandlungen, an einer posttraumatischen
30 Belastungsstörung, welche die Kinder noch zusätzlich belastet und schlechtere Leistungen in der
31 Schule nach sich zieht. Dies bedeutet in der Regel neben einer schlechteren Zukunftsperspektive auch
32 noch zusätzliche Gewalt.

33 Dieser Gewaltkreislauf kann nur mittels gezielter Schulung und Begleitung der Familien durchbrochen
34 werden.

35 Die Eltern handeln in den meisten Fällen aus Hilflosigkeit oder weil sie es selbst nicht anders kennen.
36 Hier können die Kurse und bei, in den Einzelgesprächen ermitteltem, Bedarf auch noch zusätzlichen
37 Schulungen zur gewaltfreien Kommunikation und Konfliktlösung ansetzen und die Eltern davor
38 bewahren zu Tätern zu werden.

39 Eltern und Kindern wäre hiermit gleichermaßen geholfen.

40 Gleiches gilt für das Thema Noxen. Bereits geringe Mengen Alkohol aber auch andere Drogen und
41 Medikamente sowie Nikotin, können beim Kind schwerwiegende Schäden verursachen. Dies weiß
42 vermeintlich jeder, trotzdem nehmen beispielsweise mehr als die Hälfte der schwangeren Frauen
43 Alkohol zu sich. Je nach Entwicklungsstand des Kindes kann dies zu körperlichen und/oder geistigen
44 Behinderungen oder Einschränkungen führen. Um diese Zahlen zu senken ist dringend Aufklärung
45 nötig, denn kaum eine Frau möchte ihrem Kind schaden.

46

Umwelt

U1	Nachhaltige Politik <i>AG Ökologie (Landesvorstand)</i>	S. 64
U2	Plastiksteuer einführen <i>Kreisverband Stormarn</i>	S. 65
U3	Wiederansiedlung des Wolfes <i>Kreisverband Lübeck</i>	S. 66

U1: Nachhaltige Politik

Antragsteller: AG Ökologie (Landesvorstand)

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 Die Welt in der wir leben verändert sich in einem immer schnelleren Maße. Dabei dürfen wir jedoch
2 nicht vergessen, dass wir noch immer in, mit und von der Natur leben. Ohne sie können wir Menschen
3 nicht leben. Daher setzt sich der Juso-Landesverband Schleswig-Holstein folgende Ziele einer
4 nachhaltigen Politik:

5 **1. Güterverkehr von der Straße auf die Schienen**

6 Lastkraftwagen sind ökonomisch wie ökologisch ineffiziente Gütertransportmittel.
7 Daher fordern wir einen bundesweiten Transformationsprozess des Lastenverkehrs ein, der
8 einen Ausbau des Schienengüterverkehrs und äquivalent dazu einen Rückbau des
9 straßengebundenen Lastenverkehrs zur Folge haben soll.

10 **2. Dekarbonisierung der Energiewirtschaft**

11 Energieerzeugung durch die Verbrennung von kohlenstoffreichen Verbindungen, wie z.B.
12 Kohle, verursacht einen massiven Ausstoß des Treibhausgases Kohlenstoffdioxid sowie
13 mitunter weiteren Schadstoffen wie verschiedenen Stickoxiden oder Feinstaub.
14 Daher fordern wir eine unverzügliche Dekarbonisierung der Energiewirtschaft.
15 Dabei sollen unter anderem auch unkonventionelle, verbrauchernahe Lösungen herangezogen
16 werden, wobei der Faktor der Effizienz im Entscheidungsprozess zwar berücksichtigt werden,
17 aber nicht um jeden Preis ausschlaggebend sein soll.

18 **3. Ökologisierung der Landwirtschaft**

19 Übersalzte Böden, Antibiotika-Rückstände in Fleisch und der Rückgang von
20 Insektenpopulationen sind die Folgen konventioneller Landwirtschaft. Daher setzen wir uns
21 für eine umfassende Ökologisierung der Landwirtschaft und einen Rückbau der
22 konventionellen Landwirtschaft ein, z.B. sollen ökologisch landwirtschaftende Höfe stärker
23 mit EU-Mitteln subventioniert werden, als konventionell wirtschaftende.

24 **Begründung:**

25 Erfolgt mündlich.

U2: Plastiksteuer einführen

Antragsteller: Kreisverband Stormarn

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

1 Die Landeskonzferenz der Jusos S-H möge beschließen:

2 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass eine Plastiksteuer
3 eingeführt wird.

4 **Begründung:**

5 Vielseitig, leicht handhabbar, günstig – Plastik. Seitdem 2016 60% der Plastiktüten kostenpflichtig
6 sind, wurde der Verbrauch zu etwa 1/3 reduziert. Mikroplastik findet in all unseren Kosmetika und
7 anderen Verbrauchermitteln Einzug. Trotzdem ist der Plastik Konsum in Deutschland tendenziell
8 ansteigend. War dieser 1994 noch bei 2,8 Mio. Tonnen, so ist er in Deutschland seit 2015 bei 5,9 Mio.
9 Tonnen(1).

10 Das meiste an Plastik, verbrauchen wir in wenigen Sekunden und schmeißen es weg. Recyclinghöfe
11 stehen der großen Herausforderung entgegen dieses dann zu verarbeiten. Das aus Erdöl bestehende
12 Gut ist nicht nur in seinen Komponenten nicht ressourcenfreundlich, sondern auch schwer zu
13 entsorgen.

14 Plastik braucht 100-500 Jahre zum Zersetzen. Verbrennt man es, entstehen toxische Gase und Reste
15 des Plastiks verbleiben immer noch. 1400 Mio. Tonnen landen davon über verschiedene Wege ins
16 Meer(1). Fische und Vögel fressen es und werden elendig. Nachteile haben nicht nur die Kleinsten
17 unter uns.

18 Wir essen die Meereslebewesen und Plastik sammelt sich auch in unseren Körpern an. Dies birgt auch
19 für uns ein gesundheitliches Gefährdungspotential.

20 Durch eine Plastiksteuer erhoffen wir uns, dass Unternehmen zum Umdenken gezwungen werden und
21 auf nachhaltigere Materialien setzen.

22 Quelle (1): Statistisches Bundesamt, Consultic, Interessengemeinschaft der thermischen
23 Abfallbehandlungsanlagen in Deutschland (ITAD)

U3: Wiederansiedlung des Wolfes

Antragsteller: Kreisverband Lübeck

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen:

- 1 Die Landeskonzferenz möge beschließen:
- 2 Die Jusos Schleswig-Holstein begrüßen die Wiederansiedlung des Wolfes auf dem Gebiet der
- 3 Bundesrepublik Deutschland und setzen sich für ein Fortbestehen des Schutzstatus und das damit
- 4 verbundene Abschussverbot für den Wolf ein.
- 5
- 6 **Begründung:**
- 7 Erfolgt ggf. mündlich
- 8